Gefangenen Info

C 10190 2.4.2008 Preis: 1,55 □ 335

Hervorgegangen aus dem Angehörigen Info. Das Angehörigen Info entstand im Hungerstreik der politischen Gefangenen 1989.

Nach 26 Jahren Knast

Lasst uns endlich Mumia Abu-Jamal befreien!

Mumia wird nur dann vor Gerichten Recht bekommen, wenn die Forderung nach seiner Freiheit unüberhörbar wird. Mumias Leben ist noch lange nicht gerettet, seine Freiheit ist in weite Ferne gerückt.

Seit 1981 kämpft der afroamerikanische Journalist und ehemalige Black-Panther-Aktivist Mumia Abu-Jamal um einen neuen Prozess, seit er wegen des angeblichen Mordes an einem Polizisten in den USA zum Tode verurteilt wurde. Das Verfahren war von rassistischen, politischen und finanziellen Manipulationen geprägt: Wegen seiner Berichte, vor allem über Polizeibrutalität und institutionellen Rassismus beim Establishment verhasst, sollte er unter allen Umständen als Copkiller verurteilt werden. Ihm wurde trotz Mittellosigkeit Geld für eine adäquate Verteidigung verweigert. Er wurde von einer mehrheitlich weissen Jury verurteilt, aus der die Staatsanwaltschaft zuvor gezielt afroamerikanische Geschworene ausgesiebt hat.

Am 27. März 2008 hat das 3. US-Bundesberufungsgericht erneut einen seiner unzähligen Versuche, ein neues Verfahren zu bekommen, zunichte gemacht. Die Argumente der Verteidigung zu den zahlreichen Verstößen gegen seine verfassungsmässigen Rechte wollte es nicht zur Kenntnis nehmen.

Nach dem Gerichtsentscheid fanden zahlreiche Demonstrationen und Protestaktionen statt, so in New York, San Francisco (Bild indybay), Berlin, Erlangen, Bern, Los Angeles, Chicago, Oakland, Vancouver, Toronto, Sydney, London, Paris, Ciudad de México, Hamburg, Nürnberg

Stattdessen hoben die Richter die Todesstrafe auf, hielten die Verurteilung wegen Mordes aber aufrecht. Das bedeutet: Juristisch ist ein neues Todesurteil immer noch möglich. Auch wenn am Ende ein Lebenslänglich steht, bleibt Mumia zum Tode verurteilt - nur dann eben auf Raten. Denn es besteht keine Möglichkeit der vorzeitigen Haftentlassung; er soll den Rest seines Lebens wie schon die letzen 26 Jahre in einem „SUPERMAX"-Hochsicherheitsgefängnis verbringen.

Noch ist Mumias Kampf nicht zu Ende. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch Mumias Verteidigungsteam können noch eine Entscheidung des gesamten Bundesberufungsgericht beantragen, denn bisher hat erst ein 3-Richter-Gremium dieses Gerichts entschieden. Mumias Verteidigung hat bereits angekündigt, dies zu tun. Es ist deshalb nötiger denn je, jetzt öffentlichen Druck aufzubauen und Mumias Forderung nach einem neuen Prozess zu unterstützen. Mumias Hinrichtung konnten wir 1995 und 1999 verhindern, jetzt wollen wir ihn endlich aus dem Knast holen. Am Samstag, den 12.04.08 gehen in den USA und international viele Menschen dafür auf die Straße.

Kommt zur Berliner Demonstration!

12.4.08, 13 Uhr

US-Botschaft, Unter Den Linden, Ecke Neustädtische Kirchstr.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Für die Abschaffung der Todesstrafe

Stammheim

Zum Prozess gegen 5 türkische Menschen

Wir zitieren aus einem Prozessbericht und aus dem Flugblatt „Weg mit § 129 a und b", das während der Spontandemo gegen den §129b-Prozess in Stuttgart verteilt wurde:

Freiheit für alle politischen Gefangenen! Weg mit den Paragraphen 129a & 129b!

Am 17. März 2008 begann die Verhandlung des § 129b-Prozesses in Stuttgart-Stammheim gegen fünf Revolutionäre. Ihnen wird die Mitgliedschaft in der kommunistischen türkisch/kurdischen Organisation DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungsparteifront) und somit die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland" nach § 129b, vorgeworfen.

Die DHKP-C wurde 1998 in der BRD verboten und nach dem 11. September in die so genannten „Schwarzen Listen" der EU und der USA aufgenommen. Der 11. September wurde in der BRD benutzt, um im April 2002 den 129b-Paragraphen zu verabschieden und somit u.a. gegen aktive kommunistische Organisationen noch vehementer vorgehen zu können.

Im Zusammenhang mit der Verfolgung der DHKP-C fanden im November 2006 bundesweit mehrere Razzien statt, bei denen 59 Wohnungen und Vereinsräume durchsucht und teilweise verwüstet wurden. Außerdem wurden im Zeitraum vom 15. bis zum 28. November Mustafa Atalay, Rechtsanwalt Ahmet Düzgün Yüksel, Devrim Güler und Hasan Subasi während der Razzien verhaftet. Am 8. April 2007 wurde Ilhan Demirtas verhaftet.

Die Inhaftierten sind mit erschwerten Haftbedingungen konfrontiert, sie befinden sich in Einzelhaft und ankommende wie auch abgehende Briefe benötigen über einen Monat Zeit, um zu den Adressaten zu gelangen. Auch ist die Situation von Mustafa Atalay sehr ernst, es besteht bei ihm eine Herzinfarktgefahr, die durch die Haftbedingungen noch verstärkt wurde.

Bericht vom Prozess in Stammheim

Ca. 80 Besucherinnen und Besucher waren anwesend, um die politischen Gefangenen zu unterstützen. ▸

Isolationsfolter, politische Prozesse, die bis heute ungeklärten Todesumstände von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe ... das ist wohl das erste, was einem durch den Kopf gehen dürfte, wenn der Begriff Stammheim fällt. Die Situation ist heute nicht ganz anders. Auch heute ist Stuttgart Stammheim der Ort, an dem Isolationsfolter praktiziert wird und ein politischer Prozess stattfindet. Nur statt der Roten Armee Fraktion steht heute die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) auf der staatlichen Zielscheibe in Stammheim.

Vor Beginn des Prozesses, der um 9.00 Uhr beginnen sollte, wurde von FreundInnen und Angehörigen um 8.30 Uhr eine Kundgebung vor dem Gefängnisgebäude durchgeführt. An dieser beteiligten sich rund 30 Personen. Ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ wurde aufgeschlagen. Anschließend verlas das Tayad Komitee eine Erklärung und forderte die Freiheit für die Gefangenen und die Abschaffung der Anti-Terror-Gesetze und Schwarzen Listen. In der Erklärung hieß es, dass antifaschistisches, antikapitalistisches und antiimperialistisches Gedankengut vor Gericht stünde.

Im Anschluss an die Kundgebung begannen die Besucherinnen und Besucher das Gerichtsgebäude zu betreten. Die Besucherinnen und Besucher wurden einzeln in das Gebäude gelassen, nachdem Leibesvisitationen und Personalienkontrollen durchgeführt wurden. Die Polizei platzierte sich im Gerichtssaal vor und hinter die ProzessbeobachterInnen, um sie einzuschüchtern, was aber misslang . Während ca. 80 Personen in den Gerichtssaal zugelassen wurden, mussten ca. 20 Personen aufgrund von Vorwänden bezüglich der Personalien oder weil sie zukünftige ZeugInnen seien, draußen warten. Der Prozess, der um 9.00 Uhr beginnen sollte, begann gegen 11.00 Uhr.

Als die Gefangenen in Handschellen den Gerichtssaal betraten, riefen die BesucherInnen die Parole: „Die revolutionären Gefangenen sind unsere Würde“. Ein minutenlanger Applaus begann ... Die Gefangenen, die sich seit Monaten nicht mehr gesehen hatten, umarmten sich. Es war offensichtlich, dass das Gericht, das nach den Gefangenen den Saal betrat, verblüfft war.

Nach der Personalienkontrolle wurde der Staatsanwaltschaft das Wort überlassen. Diese forderte wegen Mitgliedschaft in der in der Türkei operierenden DHKP-C, wegen Unterstützung einer Organisation, die den türkischen Staat stürzen und stattdessen eine kommunistische Ordnung errichten möchte, wegen finanzieller Unterstützung und der Gewährleistung von Aktionen in der Türkei die Verurteilung nach §§129a/b.

Die AnwältInnen der Angeklagten erklärten daraufhin, dass der Prozess ein Justizskandal sei und der Prozess wegen des Sammelns von Beweisen 16 Monate lang willkürlich aufgeschoben worden sei. Sie betonten, dass die Akten, die aus der Türkei angefordert worden seien, irrelevant seien und die Menschen wegen Aktionen in der Türkei nicht verurteilt werden können.

Nach dem Verlesen der Anklageschrift verlangte der Angeklagte Mustafa Atalay das Wort und verlas seine Erklärung, die er mit den Worten „Unsere Geschichte ist die Geschichte der Armen und Reichen“ begann. Er fragte, was und wer ein Terrorist sei. Er fragte: „Ist es Terror, ein Land zu besetzen oder einen Kampf gegen die Besatzung zu führen?“ Er erklärte, dass „Bush und Olmert, die andere Länder besetzen, die größten Terroristen“ seien. Mustafa Atalay erklärte außerdem, dass der Verfassungsschutz sogar eine einfache Forderung nach Rechten kriminalisiere und sogar legale Parteien wie die Linkspartei beobachten lasse. Dieses ließe sich nicht mit einem Rechtsstaat vereinbaren. Mustafa Atalay führte fort und erklärte, dass es keine Gerechtigkeit in der BRD gäbe und sogar Systemparteien in ihrem Wahlkampf Kampagnen mit Forderungen nach Gerechtigkeit machten. Mustafa Atalay, der die Terrorlisten der USA und der EU ansprach, erklärte, dass im Kampf zwischen den Armen und den Reichen sie auf der Seite der Armen seien und sie deshalb als Terroristen angeklagt seien.

„Ich muss den Faschismus und die Folter in der Türkei nicht beweisen; ich stehe Ihnen gegenüber; mein ganzer Körper ist voller Brüche und Narben.“

Mustafa Atalay setzte seine Erklärung fort und betonte, dass er wegen seiner oppositionellen Haltung in der Türkei jahrelang im Gefängnis gesessen habe. Er erklärte, dass ihm in diesem Prozess das Recht auf Verteidigung genommen worden sei und er der Willkür und der Isolationshaft ausgesetzt sei. Er wies darauf hin, dass Isolationshaft für einen Menschen, der kurz zuvor eine Herzoperation hatte, tödlich sei.

Mustafa Atalay wies darauf hin, dass er aufgrund von Aussagen eines Agenten, der vom türkischen Geheimdienst MIT und dem deutschen Geheimdienst BND gelenkt werde, vor Gericht stünde.

Mustafa Atalay erklärte, dass die Berichte des Gefängnisarztes der JVA Hannover, welcher eine Freilassung forderte, und die Berichte anderer Ärzte ignoriert worden seien und er dem Tod überlassen worden sei.

Mustafa Atalay erklärte, dass sozialistisches Gedankengut und der Kampf der Armen vor Gericht stünde und der Faschismus in der Türkei unschuldig gesprochen werde. Mustafa Atalay beendete seine Erklärung mit der Forderung nach Freilassung und der Forderung nach Recht auf Leben.

Die Erklärung, die zwei Stunden dauerte und aufgrund der gesundheitlichen Verfassung Atalays einige Male unterbrochen werden musste, endete mit lautem Beifall. Das Gericht, das die Situation nicht ertrug, drohte damit, den Saal räumen zu lassen.

Der Angeklagte Rechtsanwalt Ahmet Düzgün Yüksel übernahm das Wort und sagte: „Wir haben 16 Monate lang gewartet und waren geduldig, und nun werdet Ihr uns anhören und geduldig sein.“

Rechtsanwalt Ahmet Düzgün Yüksel erklärte, dass ihm sein Recht auf Verteidigung genommen worden sei, indem seine Verteidigungsrede nicht ins Deutsche übersetzt wurde. Er kritisierte außerdem, dass 16 Monate lang keine Gerichtssenat erstellt werden konnte und ganz plötzlich eine Senat auftauche, der die Prozessakten überhaupt nicht kenne. Er erklärte, dass dieses Gericht nicht legitim sei und er ihm nicht vertraue. Rechtsanwalt Ahmet Düzgün Yüksel erklärte, dass er den schwerkranken Mustafa Atalay aus der Türkei kenne, er sein Freund sei und ihn als Anwalt vertreten habe. Er forderte das Gericht dazu auf, sein Leben nicht länger zu erschweren und ihn unverzüglich freizulassen.

Mit dem Beschluss, die Erklärungen ins Deutsche übersetzen zu lassen, wurde die Verhandlung auf den 26. März 2008 vertagt.

Einschätzung

Bereits beim ersten Prozesstag war sofort ersichtlich, auf welcher Seite die Justiz steht: Die Anwälte durften nicht direkt bei ihren Mandanten sitzen und diesbezügliche Anträge der Verteidiger wurden umgehend abgelehnt. Ebenso verfügten die Anwälte nicht über alle Dokumente, die den deutschen Ermittlungsbehörden von der Türkei übergeben wurden - bzw. besitzen sie von neun Aktenordnern nur zwei auf deutsch, den Rest auf türkisch. Die Begründung der Anwaltschaft, die Anwälte könnten sich das Material von ihren Mandanten übersetzen lassen, kann nur bestätigen, wie absurd das gesamte Verfahren ist.

Mit dem Paragraph 129b werden die Organisationsstrafnormen § 129 (Kriminelle Vereinigung) und § 129a StGB (Terroristische Vereinigung) auf Gruppierungen im Ausland ausgedehnt. Anders als bisher können damit mutmaßliche Mitglieder oder Unterstützer einer ausländischen „terroristischen“ Organisation hierzulande auch dann strafrechtlich verfolgt werden, wenn die Vereinigung nur im Ausland agiert und wenn die Beschuldigten selbst keine strafbaren Handlungen in der Bundesrepublik begangen haben.

Auf diese Weise können internationale Kontakte und politische Debatten mit ausländischen Vereinigungen leicht zu straf-

rechtlichen Konsequenzen führen.

Jedes autoritäre Regime kann künftig die Bundesregierung bedrängen, eine ihm lästige Oppositionsgruppe auf die Schwarze Liste zu setzen und ihre mutmaßlichen Mitglieder und Unterstützer auch in der Bundesrepublik zu verfolgen. Da mit § 129b - genauso wie mit den Organisationsnormen 129 und 129a - Sonderermittlungsbefugnisse von Polizei, Staatsanwaltschaften und Geheimdiensten aktiviert werden können, wird sich die neue Strafnorm ebenfalls zu einem Ausforschungsparagraphen entwickeln. Schon das bisherige „Anti-Terror"-Sonderrechtssystem hat zu großflächiger Ausforschung politischer Gruppen, Szenen und ganzer Bewegungen geführt.

Menschen, die gegen Folterung, Menschenrechtsverletzungen, Faschismus, Imperialismus und Kapitalismus kämpfen und für eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung einstehen, werden kriminalisiert. Sie werden zu Terroristen deklariert, statt die wahren Probleme und ihre Ursachen anzugehen.

Wir lassen uns unser Recht auf Widerstand nicht nehmen und werden uns nicht einschüchtern lassen!

Weg mit § 129a und § 129b, allen Anti-Terror-Gesetzen und Schwarzen Listen!
Solidarität mit den politischen Gefangen weltweit!
Freiheit für Mustafa Atalay, Ahmet Düzgün Yüksel, Devrim Güler, Hasan Subasi und Ilhan Demirtas!

Kommt alle zu den nächsten Prozessterminen:
Beginn jeweils um 9:00 Uhr im Stammheimer Gerichtsgebäude:
2. April, 7. April, 9. April, 14. April, 21. April, 28. April, 30. April, 5. Mai, 7. Mai, 19. Mai, 26. Mai, 28. Mai.
Infos zu den politischen Gefangenen und staatlicher Repression etc. im Internet unter:
www.rote-hilfe.de
www.political-prisoners.net

Wie alles (bisher) war

Betroffene des MG-Verfahrens berichten

Der folgende Text kann weder alle Einzelheiten unserer Festnahme und die nachfolgenden Monate in U-Haft nachzeichnen noch eine detaillierte Analyse zu politischer Gefangenschaft liefern. Wir werden hier einen stark subjektiv gefärbten Erfahrungsbericht liefern, der einen (ersten) Eindruck vermitteln soll, wie wir die vergangenen Monate nach unserer Inhaftierung und der Haftverschonung so hinter uns gebracht haben.

Zur Vorgeschichte einer politisch-biografischen Zäsur

Der Ursprung unserer Geschichte spielt sich auf einer völlig unbedeutenden Buckelpiste in der Brandenburgischen Pampa ab. Irgendwann in den frühen Morgenstunden des 1. August 2007 werden wir in einer spektakulären, filmreifen Szene in unserem Fahrzeug gestoppt; vor, hinter und neben uns postieren sich Fahrzeuge, schwer bewaffnete Männer und Frauen springen heraus, zerschlagen mit Tonfas unsere Autoscheiben, halten uns ihre entsicherten Knarren Richtung Schädeldecke und ziehen uns teils durch die zerkloppten Fensterrahmen ins „Freie", Schnittwunden und Schläge mit dem Pistolenknauf auf Hinterkopf und in die Rippen inklusive. Nach dem erzwungenen Verlassen unseres Fahrzeugs wurden wir einzeln und einige Meter voneinander entfernt auf den Boden gedrückt, Handschellen rasteten ein und etwas Mützenartiges wurde uns über den Kopf gezogen.

Eintönige Kachelwände auf dem Polizeirevier in Brandenburg/Havel

Innerhalb einer Wartestunde wurden wir einzeln und getrennt voneinander in ankommende BKA-Fahrzeuge verfrachtet und zur örtlichen Polizeistation nach Brandenburg/Havel gebracht. Dort angelangt, begann die ganze Prozedur der Personalienfeststellung, der körperlichen Durchsuchung und des überflüssigen Versuchs, dass wir uns doch zum Tathergang äußern könnten. Unsere gesamte Kleidung bis auf die Unterhose wurde eingezogen und in Plastiktüten verstaut. Als Kleidungsersatzstück bekamen wir einen Einwegmaleranzug zugeteilt, dessen Tragekomfort sich bereits nach einigen wenigen Stunden erheblich verringerte, insbesondere dann, wenn die eigenen Körperausmaße nicht mit der Anzugsgröße korrespondieren wollten.

Auf der Station wurde uns auch erstmals mitgeteilt, worum es sich denn eigentlich handelt. Wir wurden, so die Darstellung von Beamten, dabei beobachtet, wie wir gezündete Brandsätze unter drei Bundeswehr-LKWs gelegt haben sollen. So etwas sei wohl „strafbar", hat man uns gesagt. Einige Stunden später wurden wir zur Abgabe von Fingerabdrücken genötigt, des Weiteren wurde uns eine Schweiß-/Geruchsprobe teils durch staatliche Gewaltanwendung abgenommen. Dazu wurden uns Alu-Tüten über die Hände gezogen und an unseren Unterarmen mit starkem Klebeband befestigt. Eine gute Stunde schwitzten wir so vor uns hin. Während der Zeit auf dem Revier wurden wir jeweils einzeln in den Ausnüchterungszellen einquartiert, insgesamt verbrachten wir dort ca. 48 Stunden. In Erinnerung blieben uns allen die grell weiße Kachelei und das penetrante Säuseln der Lüftungsanlage.

Das Ding mit dem „Terroristisch-Sein" haben wir erst ca. 24 Stunden nach unserer Ankunft in Brandenburg/Havel erfahren, als sich unsere AnwältInnen bei uns vorstellten. Ein wirklich beruhigender Moment, als klar wurde, dass sich unsere Festnahme bis nach Berlin herumgesprochen haben musste. Von unseren AnwältInnen wurde uns offeriert, dass im Zusammenhang mit dem Vorwurf des versuchten Brandanschlags eine weitere Person festgenommen wurde. Wir, die wir nun zu viert waren, sollen wie drei zusätzliche Leute wegen Mitgliedschaft in der Militanten Gruppe (MG) nach § 129a ganz fett rangenommen werden. Das saß dann erst mal nicht schlecht in der Magengrube. Spätestens ab diesem Zeitpunkt mussten wir damit umgehen, dass an uns das volle Programm staatlicher Repression durchexerziert werden soll.

In den Folgestunden haben wir ein ständiges Hin und Her wahrgenommen, was mit uns geschehen solle bzw. wohin wir erst mal verbracht werden sollen. Erst sickerte durch, dass wir zum BKA nach Wiesbaden gefahren werden, dann hieß es, dass es wohl eine Transportgelegenheit nach Karlsruhe zur BAW geben wird. Schlussendlich übernachteten wir ein zweites Mal in den Ausnüchterungszellen. Am nächsten Morgen verdichtete sich der Verdacht: ab nach Karlsruhe?

Wir wollten nie zum KSC!

Schwer bewacht wurden wir zum Gefangenentransporter geführt, jeweils in eine Box gequetscht und ab ging's zu einer Landebahn. Allein das etwa viertelstündige Hochfahren der klapprigen Maschine war ein Spaß für sich, bis die eigentliche Flughöhe erreicht war. Der Kollege, der einige Stunden nach unserer Festnahme ins Berliner LKA-Gebäude verschleppt wurde, befand sich ebenfalls an Bord. Jeweils zwei BKAler platzierten sich links und rechts von uns, beobachten aufs Penibelste unsere Körpersprache oder nonverbalen Kontaktversuche. Nach dem 2-Stunden-Überflug steuerten wir den Hof des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe an. Unsere AnwältInnen erwarteten uns bereits und die ersten Gespräche konnten geführt werden. Jeder von uns Vieren wurde nach einer längeren Wartezeit mit den Anwälten zum BAW-Ermittlungsrichter vorgelassen. Zwei VertreterInnen des BKA servierten ihre Sicht der Dinge, d.h. wir seien Aktivisten der Militanten Gruppe (MG). Unsere Anwälte intervenierten entsprechend, mussten aber schnell feststellen, dass das den Herrn Ermittlungsrichter nur sehr wenig rührte und er hauptsächlich damit beschäftigt war, die mangelnde Rechtschreibung seiner Protokollantin zu korrigieren. Lange Rede, kurzer Sinn: Ausstellung des Haftbefehls mit Gütesiegel. Nach weiteren Stunden des Wartens ging es auf demselben Weg wieder zurück nach Berlin.

Willkommen in der Moabiter U-Haft

Zu vorgerückter Stunde und nach einem langen Arbeitstag wurde unser Begleitschutz richtig ausgelassen. Der Vorstand des BKA-Nachwuchses fing an, kleine „Kassiber" unter seinen Sprösslingen herumzureichen, die wir natürlich registrieren sollten. Auf denen waren verschiedene Euro-Summen notiert, das jeweilige „Kopfgeld" für jeden von uns. Außerdem bepissten sich die honorigen Jungs und Herren des BKA vor Vorfreude, dass sie nach unserer Ankunft in Berlin ganz groß auffahren würden. Ursprünglich sollten wir in der Kruppstraße, in der Nähe der U-Haftanstalt Moabit, landen. Aus welchem Grund auch immer wurden wir weiter delegiert nach Berlin-Ahrensfelde, einem Hubschrauber-Stützpunkt des BGS. Dort wacklig, aber sicher Erdboden erreichend, standen auch schon mit MP's bewaffnete BGSler als Empfangskomitee auf dem Rollfeld bereit. Aus weiter Entfernung nahte dann mit Blaulicht der BKA-Konvoi, der uns wie eine Trophäe einmal quer durch die Stadt nach Moabit verschaffte.

Nach dem Durchqueren der Knastpforte ging alles seinen administrativen Gang. Aufnahme und Papierkram, duschen und Unterbringung allein in einer Zwei-Mann-Zelle. Nach wenig Schlaf und völliger Ungewissheit, wie es jetzt weitergeht, ging das ganze Prozedere erst richtig los. Strikt voneinander getrennt durchliefen wir etwa ein halbes Dutzend knastinterner Stationen, einschließlich Arztcheck und „Durchleuchtung", d.h. alle Körperöffnungen werden besichtigt, ob nicht an einer bestimmten Stelle Mitbringsel zu finden sind.

Gegen späten Mittag haben wir unser jeweiliges 6-7qm-Luxusappartment bezogen. Alle hygienischen Standards hinter uns lassend galt es, sich einzurichten. Erster Schritt dazu ist, sich von den Hausarbeitern, das sind Knackis, die im Knast u.a. für die Essensausgabe verantwortlich sind, Putzmittel geben zu lassen. Es fällt einem auf jeden Fall leichter, mit dieser neuen Wohnumgebung einigermaßen klar zu kommen, wenn die Ekelgrenzen nicht allzu früh überschritten werden.

In der Regel ist es so, dass sich spätestens am Folgetag verschiedene Führungskräfte der Anstalt vorstellen und dich versuchen „abzuklopfen". Das reicht vom Teilanstaltsleiter über die Sozialarbeiterin bis zum „Sicherheitschef". Besonders letzterem bereitete unsere Anwesenheit einiges an Kopfschmerzen. Er ließ deutlich seine Überforderung durchblicken ob der Situation, dass er nun auf einen Schlag mit vier „Terroristen" konfrontiert sei. Zeit für Mitleidsbekundungen hatten wir aber nicht.

Knast als soziales Terrain

Nun waren wir drin. Von einem auf den anderen Moment wurden wir aus unseren sozialen, familiären und politischen Zusammenhängen herausgerissen. Wahrlich eine Zäsur. Wir mussten zunächst einmal aus der Schockstarre heraus und uns auf die eingetretene Situation neu einstellen. Die ersten ein, zwei Wochen sind eine Phase, in der alles auf dich sehr surreal einwirkt. Der Mikrokosmos Knast mit seinen eigentümlichen Abläufen erzeugt auch eine bestimmte Form des Interesses nach dem Motto „Was passiert jetzt"? Du bist ständig am Beobachten, Einschätzen und Klären. Die eigentliche Realisierung der zeitlich unbestimmten Gefangenschaft kann nicht sofort eintreten, du bist am Anfang von den neuen, dir völlig unbekannten Eindrücken eingenommen, teils überfordert.

Erst wenn du tatsächlich „angekommen" bist, tritt das ein, was jeden tief nach unten zieht: Hey, du bist wirklich hier, eingesperrt, allein. Ein Großteil deiner Autonomie, die du draußen für dich zu nehmen wusstest, ist hier flöten gegangen.

Es ist unvermeidlich, das du auf das melancholische Loch zusteuerst und auch hineinfallen wirst. Erst jetzt bekommst du deine spezifische Situation direkt zu fassen, leidvoll. Du realisierst, dass sich dein Platz vorerst innerhalb der Knastmauern befindet, dass alle deine Lebensäußerungen extrem reduziert sind; es hat was von Endstation. Endstation ist auch wörtlich im klassenspezifischen Sinn zu sehen: bis auf einen ganz geringen Prozentsatz sammelt der Staat in den Haftanstalten das subproletarische Milieu. Wenn Klassenjustiz einen für alle leicht nachvollziehbaren Ausdruck hat, dann den, dass in den Löchern dieser Republik die Überflüssigen verwahrt und geparkt werden. Deshalb ist Knastkampf auch Klassenkampf!

Aber zurück zum Trübsinn: Entscheidend ist, dass du dich dieser Melancholie nicht ergibst. Allerdings wirst du sie zulassen müssen, damit du für dich einen Weg findest, diese Phase zu überstehen. Das ist anstrengend und zieht sich über Tage hin und kommt in regelmäßigen Schüben immer mal wieder, heftiger und weniger heftig. In einer solchen Situation bist du weitgehend auf dich selbst zurückgeworfen. Die eiserne Tür fällt immer wieder hinter dir zu und der Riegel wird vorgeschoben, dahinter sitzt du, aufgrund des spezifischen Haftstatuts nur du. Wenn du dich bisher noch nicht kennen gelernt hast, spätestens hier ist es soweit. Aber, und das soll mit diesen Darstellungen vor allem vermittelt werden, es gibt viele Hilfestellungen und Möglichkeiten der (mentalen) Vorbereitung auf jene Extremsituation, vor die man als Inhaftierter oder Inhaftierte gestellt ist. Es ist eine große Erleichterung, wenn man ohne „psychische Vorbelastungen" und politisch-ideologisch einigermaßen fest in den Knastalltag gerät. Am besten ist natürlich, einen solchen biografischen Knick überhaupt nicht mitzumachen. Aber das ist eben nur der Idealfall. Es ist auch hilfreich, wenn man sich frühzeitig mit dem Thema Knast und politischer Gefangenschaft auseinandergesetzt hat. Zum einen gibt es eine kaum mehr abzuarbeitende Fülle von Erfahrungsberichten zum Überleben im Knast, die von ehemaligen politischen Gefangenen oft in Autobiografien verfasst wurden, zum anderen ist das Thema Knast schon immer ein Interventionsfeld der revolutionären Linken gewesen, da sich hier Auswirkungen staatlicher Verfolgungsmaßnahmen am unmittelbarsten zeigen. Eine wichtige Einschränkung der Repressionsvorbereitung ist aber gleich nachzureichen: jede individuelle oder kollektive Beschäftigung mit Knast und politischer Gefangenschaft hat Grenzen. Du kannst das, was auf dich mit aller Härte im Falle staatlicher Repression eindrischt oder wie sich Knast konkret anfühlt, nicht im Sandkasten probeweise simulieren. Eine Auseinandersetzung draußen mit dieser Thematik und das real damit Konfrontiertsein drinnen sind zwei Paar Schuhe. Aber, und das ist dick zu un-

Info-Tour des Einstellungsbündnisses

Im April geht das Berliner Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren auf Info-Tour. Hier finden sich Informationen und Termin.

Ende Juli 2007 wurden sieben Personen in Berlin von der Generalbundesanwaltschaft beschuldigt, Mitglieder einer ‚terroristischen' Vereinigung, der ‚militanten gruppe' (mg), zu sein (nach § 129a Strafgesetzbuch). Vier von ihnen - Axel, Oliver, Florian und Andrej - wurden verhaftet. Sie saßen mehrere Monate bzw. Wochen in Untersuchungshaft im Knast Berlin-Moabit. Im Oktober hob der Bundesgerichtshof (BGH) den Haftbefehl gegen Andrej auf, Ende November hatten auch die Haftbeschwerden von Axel, Oliver und Florian Erfolg und sie wurden gegen die Zahlung einer Kaution freigelassen. Im Laufe der nächsten Monate erwarten wir die Anklageschrift und noch in diesem Jahr den Prozess vor dem Berliner Oberlandesgericht.

Davor werden wir eine Info-Tour durchführen, bei der wir in verschiedenen Städten über den aktuellen Stand der Verfahren und die juristischen Konstrukte berichten. Darüber hinaus wollen wir mit euch in eine gemeinsame Diskussion kommen. Themenvorschläge dazu sind: Das Leben mit der Totalüberwachung, Strategien gegen die §§129/a/b, Antimilitarismus, die Soli-Arbeit des Bündnisses und unsere Öffentlichkeitsarbeit. Auf Wunsch setzen wir bestimmte Schwerpunkte.

Folgende Veranstaltungen stehen bisher fest:

Do, 03.04.2008, Göttingen
19.30 Uhr, Jugendzentrum Innenstadt (Juzi), Bürgerstr. 41

Sa, 05.04.2008, Bonn
17 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76

Sa, 05.04.2008, Kiel-Gaarden
15h, Subrosa, Elisabethstr. 25 (Infos , Flugblatt)

Mo, 07.04.2008, Platenlaase (Wendland)
20 Uhr, Kulturverein Cafe Grenzbereiche (Infos)

Sa, 19.04.2008, Bochum
19 Uhr, Soziales Zentrum Bochum , Rottstr. 31 (anschließend: Soliparty)

Mo, 28.04.2008, Halle
20 Uhr, Radio Corax, Unterberg 11 (anschließend: Soliparty)

Di, 29.04.2008, Chemnitz
18.30 Uhr, Rothaus.e.V, Lohstraße

Quelle: http://einstellung.so36.net/de/

terstreichen, du kannst einiges von dem, das im Knast eintritt, schneller beurteilen, abwenden und mildern. Du bist im Rahmen dessen, was möglich ist vorbereitet. Das ist viel und wird dir helfen!

Die Solidarität von draußen, die du drinnen spürst

Kaum überzuberwerten ist die Rolle, die solidarischen FreundInnen, KollegInnen und GenossInnen draußen zukommt. Angefangen vom Briefe Schreiben über Besuche bis zur Mobilisierung von Protesten ist alles für den/die Gefangenen existenziell. Dadurch wurde die Isolierung drinnen, der wir partiell ausgesetzt waren, aufgebrochen. Wenn du merkst, dass um dich herum ein solidarisches Netz geknüpft wird, dann hat das sofort positive Rückwirkungen auf dein Gemüt und deinen Kampfgeist. Diese Wechselwirkung funktioniert gut. Das ist übrigens auch ein wesentlicher Punkt, der dich im Knast „privilegiert". Du hast eine erkennbare politische Unterstützung, die dich von draußen erreicht und weit über deinen Familien- und Freundeskreis geht. Alle anderen Knackis verfügen darüber nicht oder nur kaum. Auch wenn du dich im Knast selbst noch so sehr von deiner „Rolle" als politischer Gefangener abkoppeln willst, allein dein Knastumfeld sorgt dafür, dass du aufgrund des Kontextes deiner Festnahme und der Mobilisierung draußen einen Sonderstatus hast. Natürlich begreifst du dich auch drinnen als politisches Subjekt, wenn du nicht untergehen und stabil bleiben willst. Unterwirfst dich nicht dem Regelwerk des Knastregimes. Du zehrst von den Erlebnissen und Erfahrungen der GenossInnen, die in welchem Winkel dieser Welt auch immer für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung in vielfältigster Weise kämpfen und z.T. für Jahrzehnte in den Kerkern der staatlichen Gewalt verschwinden. Erstens relativiert das deine eigene Situation, zweitens siehst du dich verpflichtet, Knast nicht als tiefes, schwarzes Loch wahrzunehmen, sondern als Kampfterrain, als den politisch zu besetzenden Raum, der dir in dieser speziellen Situation zur Verfügung steht. Die absolute Reduktion des (Über-)Lebens im Knast bringt es mit sich, dass die Frontverläufe klar definiert sind. Vieles, wenn nicht fast alles an Grau- und Zwischentönen geht hier notwendigerweise verloren. Du bist angegriffen worden und jederzeit dem Zugriff des Staates ausgeliefert.

Das scheint einfach gesagt, ist es auch. Nicht in allen Momenten fällt es dir leicht, tough zu sein, manchmal ist es dir sogar unmöglich. Diese Stimmungsschwankungen haben wir alle durch. Und genau da kommt wieder massiv die Solidarität von draußen ins Spiel, sie schafft Mut und Zuversicht, dass sie dich trotz aller Schikanen und Machtdemonstrationen nicht packen können, du ihnen entgegenzutreten weißt. Du bist mit den Methoden und Mitteln, die sie gegen dich auffahren, nicht kaputtzukriegen - ein großartiges Gefühl!

Einige Ex-Inhaftierte aus dem MG-Verfahren. Aus: 18. März - Zeitung der Roten Hilfe, 18.03.2008

Einstellungsbündnis präsentiert Ausstellung zur Terrorismusdefinition

Bündnis für die Einstellung der § 129(a)-Verfahren, c/o Haus der Demokratie und Menschenrechte e.V.
Greifswalder Straße 4, D-10405 Berlin
einstellung [at] so36.net
http://einstellung.so36.net
01577-4300652

Berlin, 15. März 2008

Ob es um den „Kampf gegen den internationalen Terrorismus" geht oder um die Anwendung des Paragraphen 129a des Strafgesetzbuches („Terroristische Vereinigung") - 30 Jahre nach dem „deutschen Herbst" ist das Thema Terrorismus präsenter und brisanter denn je. Betreffen tut der Terrorismus uns alle - soweit herrscht Einigkeit. Doch während die einen von der permanenten Bedrohung durch den internationalen Terrorismus reden, sehen andere die Gefahr einer schleichenden Ausweitung von Datenerfassung und Kontrollsystemen in dessen Namen.

Aber was eigentlich ist Terrorismus?

„Die Kultur der Terrors zielt darauf ab, die Hoffnungen der Mehrheit auf Alternativen zu den Vorstellungen der Herrschenden zu zähmen." (Noam Chomsky)

Die Bundesjustizministerin denkt, dass nicht mal der 11. September terroristisch war, aber alle haben Angst davor. Die Bundesanwaltschaft hält schon den Zugang zu Bibliotheken für terrorverdächtig. Der Bundesgerichtshof rügt sie dafür.

Um der Frage „Was ist Terrorismus?" auf den Grund zu gehen, hat das Bündnis für die Einstellung der § 129(a)-Verfahren einen Wettbewerb ausgeschrieben. Die Einsendungen sind künstlerisch, politisch oder humoristisch. Sie reichen von Text- über Foto- und Video- bis hin zu Audio-Beiträgen.

Eine Ausstellung gibt nun den verschiedenen Sichtweisen auf den Terrorismus-Begriff einen gemeinsamen Rahmen.

Weitere Informationen zur Ausstellung und Bildmaterial (zur Verwendung für die Berichterstattung über das Preisausschreiben freigegeben) zu den Einsendungen finden Sie unter:
http://einstellung.so36.net/de/was-ist-terror/beitraege

Ausstellung „TERRORISM is it!"
Vom 29.3.2008 bis 13.4.2008
täglich 15.00 bis 20.00 Uhr
im Kunsthaus Tacheles, Neue Galerie, 4.OG
Oranienburgerstr.54-56a, 10117 Berlin
(U8 Oranienburger Tor & S1/2/25 Oranienburger Str.)

Vom 14.-21.4.2008 wird die Ausstellung zusätzlich mit politischem Begleitprogramm im Bethanien/„New Yorck59", Mariannenstr. 2, 10997 Berlin zu sehen sein.

Anlässlich des 8. März, des internationalen Frauentags, fand in Berlin eine große und entschlossene Demonstration von über 1000 Menschen statt, die auch zum Frauenknast Pankow führte. Wir dokumentieren einen Beitrag von der Gefangenen Andrea, die dort 14 Monate weggesperrt bleiben soll.

Andreas Redebeitrag

Repression ist weltweit alltäglich.

Sie ist alltäglich, weil sich täglich Menschen wehren, weil Menschen weltweit mit miserablen Lebensbedingungen in bestehenden Herrschaftsstrukturen klar kommen müssen. In einem System, in dem es nie um die Bedürfnisse des Menschen ging oder geht, finden Menschen weltweit alternative Konzepte zur eigenen Lebenssicherung. Da wird geklaut, gehehlt, schwarzgefahren, sich eingeschleust, Häuser besetzt, krank gemacht, sich illegal Aufenthalt genehmigt, gedealt, getrickst, Sachschaden verursacht, Großkapitalismus angegriffen ...

Individualisiert kämpfen sich Menschen täglich durch eine kapitalistische Realität. Dadurch sind viele Menschen weltweit von unterschiedlichster Repression betroffen: Da wird verurteilt, entführt, überwacht, ausgewiesen, bekriegt, eingesperrt, vergewaltigt, sicherheitsverwahrt, gezwangsmaßnahmt, abgeschoben, gefoltert, getötet, ... Aufgrund dieser Realität wird weltweit politisch gekämpft. Nicht mehr vereinzelt, sondern kollektiv in konkreten Alltagskämpfen gefordert, erstritten, gekämpft, sabotiert und Widerstand geleistet.

Letztendlich soll gemeinsam eine Perspektive einer befreiten Gesellschaft entwickelt werden. Wir kämpfen gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Privatisierung, die Vertreibung aus den Konsumzonen, Gentrifikation und Yuppiesierung, Faschisten, Neonazis, Nationalisten, Krieg, Überwachung, den staatlichen Repressionsapparat, Zwangsprostitution und gegen die Logik der Profitmaximierung. Wir wollen eine wirkliche Gleichberechtigung von Menschen, soziale und globale Rechte und Gerechtigkeit, Bewegungs- und Meinungsfreiheit, keine Grenzen, die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Widerstand ist weltweit alltäglich. Er ist alltäglich, weil täglich (in vielen Teilen der Erde eine absolute) Notwendigkeit dafür besteht.

Das StGB verteidigt den Kapitalismus, wer gegen die Grundsätze der Demokratie verstößt, im StGB „Rechtsgüter“ genannt, wird abgestraft durch Geldstrafe, Bewährung oder Haftstrafe. Die Haftstrafe als höchstes Strafmaß wird in den Knästen umgesetzt, wo die RegelbrecherInnen eingesperrt und von der Gesellschaft isoliert werden. Hier sollen sie geläutert werden und zu angepassten BürgerInnen umerzogen, die ihre Pflicht im Kapitalismus erfüllen, arbeiten, Kinder als neue Generation von Arbeitskräften aufziehen, konsumieren usw. Knast also als Nachhilfe für die, bei denen der staatliche Schulbesuch für die Zurichtung zum Untertanen offensichtlich nicht den gewünschten Effekt gezeigt hatte. Hier werden sie dann eingesperrt, die die sich keine Fahrkarte für die BVG leisten konnten oder mal was Leckeres essen wollten und im Supermarkt was eingesteckt haben, die nicht mehr wussten, wie sie ein Kind mehr durchbringen sollten, die im reichen Deutschland als ErntehelferInnen zu jobben planten und sich im Puff wiederfanden ..., die mit Drogenschmuggel die Kosten für ihren Schuldenberg abzuarbeiten gezwungen und geschnappt wurden.

Die Liste könnte noch lange weiter gehen. Knast ist die Antwort der Herrschenden auf die sozialen Probleme der Menschen, die in Armut leben. Diese Probleme werden dadurch verschleiert, dass der Staat sie für sich brauchbar unter die Kategorie „Kriminalität“ gruppiert und durch automatische Zuschreibung von sog. „kriminellem Verhalten“, an bestimmte soziale Schichten und an Migrantinnen und Asylbewerberinnen. Gleichzeitig wird eine Kontrollgesellschaft mit Kameraüberwachung, biometrischer Zuordnung, und vielen anderen Überwachungsmethoden, immer weiter ausgebaut. Wer dies nicht will und versucht, sich dieser Normgesellschaft zu entziehen, und sie dadurch bedroht, wird kriminalisiert.

Immer mehr Menschen sind gezwungen, mit sog „illegalen Aktivitäten“ ihr Überleben zu sichern. Dadurch steigen die Inhaftierungen. Wie ihr seht, im Knast könnten sich alle irgendwann wiederfinden, Knast klaut Menschen ihre Lebenszeit, ihre Freiheit, sich mit den Menschen, die ihnen am Herzen liegen, zu umgeben, das mit ihrer Zeit zu machen, was sie möchten. Im Gefängnis hierzulande muss man nicht hungern und frieren, außer in Tegel, aber die Lebenszeit gibt einem niemand zurück. Die Gefängnisse sind da als vorzeigbare, verkörperte Mahnung, Drohung des Rechtsstaates gegen alle: Wenn ihr unsere Gesetze nicht einhaltet, landet ihr dort. Und wie die Reaktion ist, wenn diese Zwangsanstalten für Unbelehrbare kritisch beleuchtet werden, wenn B., Justiz und Knäste und deren kriminelle Methoden öffentlich gemacht werden, wie sie linke AktivistInnen kriminalisieren und in den Knästen verschwinden lassen wollen, das können wir speziell in Berlin gerade an den nicht enden wollenden Misshandlung des Berliner Antifa Christian S. mit verfolgen.

Die Internetseite zu seiner Kriminalisierung und leider derzeitigen Inhaftierung in der als Nazistreichelzoo bekannten JVA Tegel berichtet kontinuierlich über die hektischen Aktivitäten der LKA-Justiz gegen widerständige Linke sowie die Gefallen, Freundschaftsdienste, Passivitäten gegenüber Nazis und Konsorten. Und auch die katastrophalen Zustände in den Berliner Haftanstalten werden auf „freechristian.gulli.to“ regelmäßig öffentlich gemacht.

Die akribische Verfolgung von Linken, Antifas und die wohlwollende Milde gegenüber Rechten/Nazis hat Tradition.

Nazis gelten vor der Justiz grundsätzlich als Einzeltäter, organisierte Strukturen werden geflissentlich übersehen, so geschehen beispielsweise beim Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest 1981, wo die Justiz wissentlich an der Einzeltäterthese festhielt. Die § 129 /129a wurden bisher zu 95%

gegen links angewandt, was aber auch zeigt, dass das Ausleuchten der Strukturen der rechten Szene nicht zu den Zielen der ErmittlerInnen gehört. (Und das hängt nicht damit zusammen, dass es bei den Rechten mehr V-Leute gibt.) Auch mildernde Umstände, schwere Kindheit, Alkohol- oder Drogenprobleme, gelobte Besserung stoßen vor Gericht, von Nazis geäußert ,auf überaus offene Ohren.

Ich möchte Euch, die heute am internationalen Frauenkampftag gegen Patriarchat, Repression, Unterdrückung, Knast und letztendlich gegen das ganze Scheißsystem demonstrieren, kämpferische und solidarische Grüsse übermitteln. Trotz vieler erkämpfter Fortschritte sind Frauen und Mädchen sowie alle, die sich in der Geschlechterordnung nicht wiederfinden können, weiterhin Gewalt und Benachteiligung auf den unterschiedlichsten Ebenen ausgesetzt. Leider auch immer noch in unseren eigenen antifaschistischen und linksautomomen bis alternativen Reihen und Szenen.

Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft. Dieses Herrschaftsverhältnis kreuzt und verstärkt sich mit anderen, wie Rassismus und kapitalistischer Verwertungslogik. Um ein sicheres und würdevolles Leben gestalten zu können, müssen Menschen gegen diese Verhältnisse Widerstand leisten.

Überall auf der Welt sind Frauen aktiv in Kämpfen um Befreiung, überall sind Frauen im Knast. Dabei unterliegen sie im Gefängnis oder bei Festnahmen besonders entwürdigender geschlechtsspezifischer Repression und Folter. Sie zielt darauf, Frauen zu demütigen, ihnen die politische Identität abzusprechen und sie auf Objekte von Männern zu reduzieren. Widerstand von Frauen außerhalb und innerhalb des Knastes ist immer auch ein Kampf um Würde, Selbstbestimmung, gegen patriarchale Gewaltverhältnisse.

Solidarische und kraftvolle Grüsse an den Frauenblock.

An alle viel Kraft für die anstehenden Kämpfe um Freiräume gegen Sexisten, Macker, Rassisten, Antisemitisten, Nazis, Repression, Kameras, Gentrifikation und Yuppiesierung und Resignation.

Unsere Antwort. egal wo: Widerstand ist praktisch, militant und everywhere ...

Wir bleiben dabei, wir lassen uns nicht kaufen, abschrecken, verunsichern, kaputt machen.

Das einzige Mittel, Druck aufzubauen ist:

Preise die Verantwortliche, wie Hausbesitzer, Behörden, Firmen, Architekten, Planer etc. zu zahlen haben, so hochzutreiben, dass sie nicht bereit sind, ihn zu bezahlen. ... dazu sind auch bürgerlich-demokratische Aktionen, wie Kundgebungen und Demonstrationen notwendig, um unsere Themen gut und breit in die Öffentlichkeit zu tragen. ...

Freiheit für alle: Sofort!!!

http://freeandrea.de.vu

Hamburg

Ostersolidemo gegen Beugehaft

Eiskalt pfiff Wind um die Ohren der zahlreichen Gegner des aktuellen juristischen Rachefeldzuges gegen Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Knut Folkerts.

Trotzdem hatten sich im Vergleich zu den parallel stattfindenden Friedensmärschen im Rheinland vergleichsweise viele Demonstranten eingefunden

Kein versprengtes Häufchen, sondern rund 500 Menschen versammelten sich am Samstagnachmittag in Hamburg vor der Roten Flora. Das Bündnis gegen Beugehaft forderte:

„freiheit für Christian Klar“ und „freiheit für Birgit Hogefeld“ auf gelben Schildern am Lautsprecherwagen. Bunte Plakate und Transparente hängen an den Außenmauern des autonomen Stadtteilzentrums. „Fahr zur Hölle Sicherheitsstaat“ „Keine Träne für Buback“ „Kritik und Diskussion statt deutscher Betroffenheits- und Opferdiskurse“ „Wir Grüßen Das Kommando Ulrike Meinhof vom 7.4.77 Keine Beugehaft Für Niemand“.

Sie zeugen auch davon, dass man seit 35 Jahren von Staats wegen die Propagandalüge von „apolitischer Kriminalität“ aufrechterhält. Kriminalisiert und bestraft werden so alle Verhaltensweisen, die direkt oder indirekt das System der Ausbeutung und die Macht der Ausbeuter gefährden könnten.

Christians Rechtsanwalt Heinz-Jürgen Schneider berichtete von der aktuellen Situation. Derzeit kämpft Christian um die Gewährung der Hafterleichterungen, die er sich erst im April vorigen Jahres vor dem Landgericht Karlsruhe siegreich erstritt. Wortwörtlich heißt es im Urteil aus Karlsruhe: „Im vorliegenden Fall habe aber die Justizvollzugsanstalt alle diese Umstände eingehend abgewogen und sei ursprünglich zu dem Ergebnis gelangt, dass die beantragten Lockerungen gewährt werden können. Die Versagung beruhe letztlich nur auf der fehlenden Zustimmung des Justizministeriums, wobei keinerlei Umstände bekannt geworden oder geltend gemacht worden seien, die ein Abweichen von der ursprünglichen Planung rechtfertigen könnten.“

Justizminister Goll (FDP) hatte seinerzeit wohl schwer zu schlucken daran, gab damals eine Presseerklärung heraus, wonach die Hafterleichterungen nur mit einem Hilfsantrag zugesprochen wurden. Jetzt

Die folgende Grußbotschaft von der antifaschistischen Gefangenen Andrea Neff aus Berlin konnte auf der Demo für die Freiheit der zwei Raf-Gefangenen und gegen die Beugehaft nicht verlesen werden, da die von ihr per Post verschickte Sendung 6 Tage dauerte.

Solidarische Grüße an die Demonstration in Hamburg am 22.3.08:

Nur der Druck auf verschiedenen Ebenen wird letztlich etwas bewegen können, egal ob in Bezug auf Beugehaft oder die Freilassung von Birgit und Christian. Allerdings trägt die Unverbesserlichkeit der BAW wohl dazu bei, dass viele Menschen erstmals oder wieder dazu Postion beziehen dafür, dass die letzten RAF Gefangenen endlich freigelassen werden. In diesem Sinne drehen wir den Spieß um und nutzen die Öffentlichkeit für unsere Forderungen:

Freiheit sofort für Birgit und Christian ohne Bedingungen!
Schluss mit der Beugehaftdrohung!
Kriminell ist das System und nicht der Widerstand!
F reiheit für alle!

enthält der Minister Christian seine Vollzugslockerungen mit der fadenscheinigen Begründung vor, wegen der möglichen Beugehaft steige die Fluchtgefahr (nach 26 Jahren Knast!).

Es scheint allerdings, dass das einzige, was hier gebeugt wird, das Recht ist, man nennt diesen Vorgang kurz und prägnant Rechtsbeugung.

Während der Demo kam in diesem Zusammenhang aus Teilnehmerkreisen das Wort vom Amtsmissbrauch auf.

Die Linke war ebenfalls auf der Rednerliste und geißelte in einer argumentativ überzeugenden Rede das derzeitige Verfahren als rechtswidrig. „Jede Geschichte linker Bewegung und Aufbrüche wird umgedeutet und geleugnet, die politische und gesellschaftliche Relevanz linker Kämpfe vor allen Dingen der 60er und 70er Jahre weghistorisiert. Linke Perspektiven jenseits der kapitalistischen Realität sollen in dieser Welt nicht mehr denkbar sein. Menschen, die sich trotzdem organisieren, um diesem Normalzustand Widerstand entgegenzusetzen, werden mit Repressionen überzogen, wie in den § 129a Verfahren des vergangenen Jahres". Alle derzeit noch laufenden Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der seit zehn Jahren aufgelösten RAF sollten eingestellt werden.*

Von der Roten Flora aus zog die bunte Menschengruppe aller Altersklassen begleitet von lauter Musik aus den wummernden Lautsprechern auf dem Wagen rund zwei Stunden lang durch das Viertel an der Schanzenstraße. Aus den Häusern gab es zustimmende Beifallsbekundungen, die allgegenwärtigen Uniformierten hielten sich zurück, waren aber ständig präsent, selbst der Zebrastreifen an der Sternschanze wurde überwacht .

In der Abschlusskundgebung wurde die unverzügliche Freilassung von Christian Klar und Birgit Hogefeld gefordert.

Ein Protestschreiben an Minister Goll kann bei Die Linke Mönchengladbach unter Dokumente heruntergeladen werden. ...

Katrin Wasilewski

* *Da ich indirekt angesprochen werde – ich hielt für die LINKE eine Rede auf der Demonstration –, erlaube ich mir die Anmerkung, dass die Berichterstatterin die mir hier angeführten Zitate fälschlich zuschreibt. Ich habe schwerpunktmäßig mit der aktuellen Situation - der Entwicklung der BRD zu einer kriegführenden Macht, eine Entwicklung, in der der Ausnahmezustand zunehmend zum „normalen" Mittel des Regierens wird - zu erklären versucht, warum staatliche Institutionen bis heute so versessen darauf sind, einerseits den politischen Charakter der Auseinandersetzung BRD – RAF zu bestreiten, andererseits die Bekämpfung der früheren RAF-Mitglieder über jedes Maß hinaus fortzusetzen, u.a. mit dem Mittel der Beugehaft.*

Christiane Schneider

Petition gegen überlange Haft

Christian S. sitzt wegen Barrikadenbaus drei Jahre im Knast - eine frühere Untersuchungshaft wurde ihm jedoch nicht angerechnet. Jetzt fordert eine Soligruppe Justizsenatorin Gisela von der Aue auf, sich dafür einzusetzen

„Freiheit für Christian S." - diese Parole las man in letzter Zeit häufig auf Transparenten. Unter dem Motto standen in der vergangenen Woche auch Kundgebungen vor dem Amtssitz von Berlins Justizsenatorin und vor der Justizvollzugsanstalt Plötzensee.

Dort muss Christian S. seit Juni 2007 eine dreijährige Haftstrafe wegen des Baus von Barrikaden bei einer Demonstration gegen einen Neonaziaufmarsch absitzen. Zuvor hatte S. knapp elf Monate in Untersuchungshaft verbracht, nachdem ihn Zivilpolizisten beschuldigt hatten, auf einer Antifademo in Dresden eine Glasflasche in Richtung des rechten Aufmarsches geworfen zu haben. In zweiter Instanz sprach das Landgericht S. aber am 21. September 2007 frei.

„Christian S. hat also elf Monate unschuldig in Untersuchungshaft gesessen", meint Kerstin Jäger von der „Soligruppe Christian S". Sie fordert die Anrechnung der Untersuchungshaft auf die Haftstrafe. „Normalerweise steht einem zu Unrecht Inhaftierten eine Entschädigung von elf Euro pro Tag zu. Deshalb ist eine Verrechnung der ohne Urteil verbüßten Haftzeit mit dem rechtskräftigen Urteil nur gerecht", begründet Jäger gegenüber der taz eine Petition mit dieser Forderung, die kürzlich Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) zugegangen ist. Die Senatorin will noch im März darüber entscheiden.

Auch gegen den Vollzugsplan von Christian S. hat seine Rechtsanwältin Maren Burkhardt mittlerweile eine Klage eingereicht. Ihr Mandant werde dort als „spezieller Justizhäftling" bezeichnet. Diese Klassifizierung bedeute verschärfte Haftbedingungen. „So wird seine Post häufig angehalten. Mehrmals wurde seine Zelle von der Polizei durchsucht", begründet Burkhardt gegenüber der taz die Klage. Der umstrittene Vollzugsplan sei auch nach der Verlegung von S. von der JVA Tegel nach Plötzensee weiterhin gültig. Für diesen Umzug hatten sich UnterstützerInnen von Christian S. mit mehreren Kundgebungen eingesetzt, nachdem es in Internetforen hieß, S. werde „zumindest den Nazis in Tegel ein gefundenes Fressen sein".

Inzwischen hat sich Christian S. selbst zu Wort gemeldet. Zusammen mit drei weiteren Gefangenen hat er sich in einem Aufruf für eine bessere Vernetzung zwischen Gefängnisinsassen und für eine Antirepressionsbewegung ausgesprochen. Zu den Forderungen gehört die Einschränkung der in Berlin besonders häufig angewandten U-Haft, die konsequente Umsetzung der Regelung, dass Häftlinge nach der Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Strafe freikommen, und die Verhinderung von Knastneubauten.

Peter Nowak

Neues von Werner Braeuner

Werner befindet sich einigen Monaten in einem wie er schrieb „totalen und unausgesetztem Postannahmestreik", was die Kommunkaltion schwierig macht.

Er kämpft für die Verlegung/Verbleib auf eine andere Haftstation.

Die Anstalt hat ihm daraufhin den „Einkauf " bis Ende Februar untersagt. das heißt konkret, dass er sich keine Schreibutensililen und Briefmarken besorgen kann. Sein letzter Brief ist datiert vom 16.12.2007. In diesem teilt er mir mit:

„Ich werde da im Augenblick noch nichts zu sagen, allenfalls, dass es sich um Achtung eines verfassungsgarantierten Grundrechts sowie um die Beachtung der Hausordnung der JVA Sehnde von Seiten von Justizbediensteten handelt. ... So halte ich die Postannahmeverweigerung so lange aufrecht, bis die Anstalt mir menschenwürdige Haftbedingungen zugesteht, mindestens Einkauf, damit ich Schreibwaren beschaffen kann.

Solltest Du längere Zeit nichts von mir hören, hab' ich entweder keine Schreibwaren oder bin kaputt gespritzt".

Aus dem Gefangenen Rundbrief „Mauerfall", der zu beziehen ist über:
Michel Deutschewitz c/o SP.P. Dörrwies e.V., Postfach 1105 49454 Morbach
Dieser Rundbrief wird an über 50 Gefangene im In- und Ausland kostenlos verschickt. Gerne wird er auch an Interessierte „draußen" gegen Rückporto versendet.

Solidarität ist eine Waffe!

Unterstützt Natalja!

Am Samstag, dem 9. Februar, wurde Natalja während der Demonstration gegen die jährliche NATO-Sicherheitskonferenz in München verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, sich gewalttätig Polizeimassnahmen widersetzt zu haben.

Gegen sie wurde ein Haftbefehl erlassen und sie befindet sich seit dem in München hinter Gittern. Natalja wurde schon während des G8-Gipfels im letzten Sommer in Deutschland verhaftet und zu zehn Monaten Haft verurteilt. Außerdem hat sie ein drittes Verfahren, da sie bei der letztjährigen Demonstration zum 1. Mai festgenom-

„nicht leistungsfähig“ -> nicht normal“ -> „nicht lebenswert“ !

die herrschenden Verhältnisse
die kapitalistischen Produktionsverhältnisse setzen die Norm
schreiben fest, was normal ist

wer von der Norm abweicht ist „nicht normal“
ist „behindert“
ist „verrückt“
ist „unnütze Esser_in“
ist „nicht lebenswert“
„wer nicht arbeitet, nichts leistet, den anderen auf der Tasche liegt, soll auch nicht essen -
das ist doch nur gerecht!“ – so die herrschende Ideologie

in diesem Sinne ist die eigentliche kulturelle Leistung eines Menschen die Anpassung an die Norm
um gesellschaftlich anerkannt zu sein
um Karriere zu machen
um zu den Eliten zu gehören
oder auch nur, um zu überleben

Anpassung, die jede Individualität
jede Andersartigkeit
jede Vielfalt
jede Kreativität
ja jede Abweichung von der Norm
alles, was den reibungslosen Fluss der Geschäfte stören könnte
als minderwertig denunziert - und vergessen lässt/verschwinden lässt
„wo kämen wir auch hin, wenn jeder Mensch eine eigene Meinung hätte
und das täte, was er für richtig hält?“

wer die Anpassungsleistung nicht vollbringt - nicht vollbringen will
oder nicht vollbringen kann
wird gesellschaftlich isoliert
wird unsichtbar gemacht
wird aussortiert
das, für das angebliche „Gesamtglück“ der Gesellschaft!

als normierte Soldat_in in institutionalisierten Kommandostrukturen:
jeder Autonomie beraubt (Autonomie meint hier Selbstbestimmung und
Kollektivität oder auch Privat und Politisch als dialektisches Verhältnis)
optimal nutzbar
beliebig funktionalisierbar
flexibel und mobil einsetzbar
pflegeleicht
vorauseilend gehorsam und dankbar
und alles „freiwillig“ und „selbstbestimmt!“

niemand sei für dieses Entwicklung verantwortlich
der vermeintliche „Sachzwang“ anonymisiert Gewalt und Herrschaft

„der Freie Wille ist eine Illusion, ist bloße Ideologie!“
stimmen neueste Ergebnisse aus der Gehirnforschung zu

„nicht der einzelne Mensch bestimmt sein Handeln, sondern ausschließlich das GesamtSystem –
aussteigen/bewusst verändern ist nicht möglich!“ - Bestätigung aus der Systemtheorie

wenn „Freiheit“ und „Autonomie“ jetzt meinen: individuelle Fähigkeit und Bereitschaft, sich den gesellschaftlichen
Bedingungen optimal anpassen zu können
wenn proklamiert wird: „bei Orientierung ausschließlich am Profit wird der Nutzen für Alle am größten!“
was heißt dann „Emanzipation aus den herrschenden Verhältnissen?“ – wer? - wie? – und wohin?

Fritz Storim, 2005

men wurde. So wie es aussieht, wird sie eine längere Zeit im Knast verbringen müssen. Am 30. April wird sie ihren Prozess im München haben.

Auszüge aus einem Brief, den sie aus dem Knast heraus schrieb:

Ich ging nach München, um an den Protesten gegen die Nato-Kriegs-Konferenz (offiziel Sicherheitskonferenz genannt), welche jährlich im Februar stattfindet, teilzunehmen. Dies ist ein Treffen von politischen Führern, Militärrepräsentanten und Mitgliedern der Militärlobby, welche alle der Einladung der Quandt-Stiftung folgen. Die Quandt-Familie ist der Hauptanteilseigner der BMW-Gesellschaft, welche Kraftfahrzeuge, aber auch Militärausrüstung, wie Fahrzeuge und Waffen, herstellt. (Die Wurzeln für deren Wohlstand und Einfluss sind die chemische Industrie - einschließlich die Ausbeutung von Gefangenen der Konzentrationslager während des zweiten Weltkriegs).

Trotz des „privaten"/„kommerziellen" Hintergrundes der Konferenz genießen die Männer und Frauen „die Ehre" des Status als offizielle Gäste der Bundesrepublik Deutschland. Die deutsche Armee (Bundeswehr) ist verantwortlich für den Schauplatz...

[..]

Zuallererst muss ich sagen, dass ich mich für mein eigenes passives Verhalten schäme: Ich bin konfrontiert mit einer künstlichen Umgebung, die gebaut worden ist, um Menschen zu kontrollieren und sie zwingt, sich an eine Lebensweise anzupassen, die eingefroren zu sein scheint. Das Gefängnis ist eine komplizierte Struktur von Einschüchterung, Leere, Erniedrigung und Druck.

Ich lerne über die persönliche Situation und die Probleme der anderen Insassen und erhalte ein Gefühl der Tragödien der so genannten „illegalen MigrantInnen", ein Gefühl dafür, was es bedeutet auf die Abschiebung hinter Gittern zu warten, dies ist, was viele Frauen hier tun, warten auf ihre Abschiebung, dabei sind sie isoliert und hilflos...

So ist meine Situation. - Und meine Reaktion? Ich reagiere nicht. Ich agiere nicht. Ich bin nur - und bleibe ich selbst. Aber die einzige Sache, die ich mache, ist warten, auf das die Zeit abläuft, und versuchen die Sachen nicht zu nahe kommen zu lassen.

Für mich begann die Gefangenschaft mit einer Art Schock, der langsam verschwindet. Er wird ersetzt durch einen Zustand der dauerhaften Betrübnis, die ist jedoch eher im Hintergrund und wird mit einer starken Schicht Müdigkeit, Langeweile und Erschöpfung bedeckt.

Im Augenblick bin ich in einer Zelle im 3. Stock und habe die Zelle für mich. Ich bin froh darüber. Allein zu sein für 22 Stunden pro Tag, ist ein richtiges Problem. - Aber keine Zeit für sich selber zu haben, keine fünf Minuten für sich selber zu sein innerhalb der Monate, wäre sogar ein größeres Problem für mich.

Der Tag fängt um 6 Uhr morgens an (um 7 Uhr am Wochenende). Dann schalten die Schließer das Licht an. (Es gibt keine Elektrizität innerhalb der Zellen). Die Tür bleibt verschlossen, aber wir erhalten Heißwasser oder „Kaffee" durch eine Öffnung in der Tür, die danach wieder geschlossen wird. Um viertel vor acht wird die Tür entriegelt und die Gefangenen erhalten saubere Unterwäsche. Wir müssen die benutzte Unterwäsche zurückgeben..., also müssen wir einen Bademantel für diese Prozedur tragen.

Zwischen viertel vor zehn und viertel vor elf können wir eine Stunde an der Luft verbringen. Der Hof ist in der Mitte des Gefängnisses, damit wir nur Wände und Gitter und „ein Stück des Himmels" und etwas grünen Gras und einen netten Baum sehen können. Unglücklicherweise müssen wir die ganze Zeit im Schatten gehen, weil das Sonnenlicht keinen Weg in den Hof findet. Ich denke, dass dies ein wenig wie eine Höhle ist.

Gegen 11 Uhr erhält jede ihr Mittagessen. Ich warte immer ungeduldig bis viertel nach drei am Nachmittag, weil dann die Tür wieder geöffnet ist - und bleibt für eine Stunde lang geöffnet: du kannst zur „nächsten Tür" gehen und deine „NachbarInnen besuchen". Du hast die Zeit, den Mülleimer zu leeren oder um weiteres Toilettenpapier zu bitten ...

Gefangene können nichts selbstständig organisieren. Wenn es etwas gibt, das organisiert werden muss, oder wenn sie ein wichtiges Anliegen haben, müssen sie ein spezielles Formular ausfüllen. - Selbstverständlich müssen sie erst um dieses Formular bitten ... in unserem Fall ist die einzige Gelegenheit dazu in dieser Stunde, wenn die Zellen geöffnet sind.

Bevor unsere Türen nach 60 Minuten wieder verschlossen werden, bekommen wir Kräutertee und Nahrungsmittel für das Abendbrot und das Frühstück am nächsten Morgen. Um 10 Uhr am Abend fängt die Nacht an und die Wächter schalten das Licht aus.

Dreimal in der Woche dürfen wir duschen, dies ist eine weitere Möglichkeit für kleine Gespräche, weil wir vor dem Raum, in dem die Duschen sind, anstehen müssen. (Am Samstag und am Sonntag ist die Struktur des Tages zu der während des Restes der Woche ein wenig unterschiedlich).

Diese ziemlich abstrakte und formale Beschreibung ist selbstverständlich oberflächlich, aber möglicherweise gibt sie einen Eindruck ...

Es ist schwer, etwas über soziales Leben hier drinnen zu sagen im Allgemeinen. Die „Gemeinschaft" der eingesperrten Frauen ist voll von Kontrasten und Widersprüchen und jede der Insassen erfährt die Sozialstruktur auf ihre Weise - abhängig von der jeweiligen einzelnen Situation und Perspektive.

Es gibt eine Art starke Solidarität unter den Frauen, sowie Mobbing. Es gibt taktische Bündnisse sowie reale Freundschaft. Jede ist auf gewisse Weise einsam. Fast alle Frauen verstecken die meisten ihrer Gefühle - und sehnen sich danach, verstanden zu werden. Es gibt eine Menge Sozialdruck, Vortäuschen, stark zu sein und Gefühle für sich selbst zu behalten; niemand möchte an ihre eigene tiefe Traurigkeit erinnert werden und ihre eigene Sorgen (z.B. über ihre Kinder, die jetzt von ihrer Mutter getrennt werden). Aber dies alles bedeutet NICHT, auf Abstand (zu) bleiben zueinander. Die Frauen geben sich gegenseitig viel Wärme, Sympathie, Mitgefühl und Ermutigung. Wie außerhalb der Gefängnismauern sind materielle Bedürfnisse und Hierarchien basierend auf unterschiedlichen „Wohlstand" wichtige Faktoren.

Und letztendlich sehnt sich jede nach jeder interessanten Sache, irgendwelche Nachrichten oder eine Person, die verspricht, ein Spritzer Farbe im Grau des Alltagslebens hinter Gittern zu sein.

[..]

ABC Berlin

Schreibt Natalja:
Justizvollzuganstalt München
Frauenanstalt
Natalja Liebich
Am Neudeck 10
81541 München
Deutschland

Durchsuchungen bei der ISKU

Am Morgen des 13. März 2008 drangen Polizeibeamte in die Büroräume der Informationsstelle Kurdistan e.V. in Hamburg sowie in eine Privatwohnung in Berlin ein. Hintergrund der Aktion ist die Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung und ihrer UnterstützerInnen, die seit dem vom damaligen Innenminister Manfred Kanther 1993 erlassenen „PKK-Verbot" u.a. mit Hilfe des Vereinsgesetzes durchgeführt wird.

Das Amtsgericht Hamburg in Person von Richter Dr. Szebrowski verdächtigt „unbekannte Täter", gegen das Vereinsgesetz verstoßen zu haben, in dem auf den Webseiten www.nadir.org/nadir/initiativ/isku „positiv über die ‚kurdische Freiheitsbewegung' berichtet" wird. Als Beleg dafür wird im Durchsuchungsbeschluss genannt, dass auf den „tatgegenständlichen Internetseiten" Bildnisse von Abdullah Öcalan, Embleme der kurdischen Organisationen KADEK und Kongra-Gel, das Parteistatut des Kongra-Gel sowie der Aufruf, die Klage gegen die Aufnahme des Kongra-Gel auf die „EU-Terrorliste" zu unterstützen, zu finden seien. Auch die Veröffentlichung einer Unterschriftenliste mit dem Titel „Kurden fordern Gerechtigkeit, PKK von der Terrorliste

streichen!“ dient laut Richter Szebrowski dazu, den Kongra-Gel „als friedlich und demokratisch (anzupreisen)“ und sei strafbar als Vergehen „gemäß §20 Abs.1 Ziffer 4, 18 Satz 2 Vereinsgesetz“.

Die Durchsuchungen dauerten ca. vier Stunden. In Berlin wurden dabei Computer, sämtliche Datenträger sowie schriftliche Unterlagen beschlagnahmt. Im Hamburger Büro kopierten die Beamten die Festplatten der dortigen Computer.

ÊDÎ BES E – Es Reicht – Enough is Enough – Ya Basta

ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.

Kapitalismus im Knast

Auch in den Strafvollzugsanstalten regiert der Kapitalismus. Ein eindrückliches Beispiel bietet die Firma Massak Logistik GmbH aus dem bayrischen Litzendorf (www.massak.de).

Seit Dezember 2007 ist diese Firma zuständig für die Versorgung der Gefangenen mit Lebens-/Genuss- und Körperpflegemitteln.

Zwei Mal pro Monat können die Inhaftierten der JVA Bruchsal aus einer Warenliste von Massak Produkte auswählen. Die Bestellscheine werden der Firma von der Anstalt zugeleitet und fünf Tage später erhält jeder Insasse seine bestellten Waren.

Bis November letzten Jahres wurden die Gefangenen von der Firma REWE versorgt, und als die Umstellung auf Massak ruchbar wurde, gab es schon Besorgnis über eventuell steigende Preise. Sagen wir es so: Die schlimmsten Befürchtungen wurden übertroffen!

Laut dem Leiter der Wirtschaftsverwaltung der JVA Bruchsal, Herrn Holländer, habe die Firma Massak uns Angebote und Preise in EDEKA-üblicher Höhe zu berechnen. Nun zählt EDEKA schon zu den teureren Handelsketten (im Vergleich beispielsweise zu REWE), aber Massak ist von Hause aus EDEKA-Händler.

Schön wäre es, wenn wir „nur“ die EDEKA-Preise zahlen müssten. Der Geschäftsführer von Massak Logistik GmbH, Herr Werner Massak, schlägt je nach Produkt gerne auch mal 50% auf.

Bot EDEKA in der 8. Kalenderwoche z.B. Dusch-Das für 99 Cent an, knöpfte er uns 1,49 Euro ab. Ähnliche Preisaufschläge verzeichnen wir für Kaffee (wir zahlen 5,29 Euro für 500 gr Jacobs Krönung, bei EDEKA ist er für unter 4,00 Euro zu haben; für „Krüger-Family-Latte-Macchiato“ verlangte man „draußen“ 2,22 Euro, hier von uns Gefangenen 3,29 Euro - ein Aufschlag von 70 %), Süßigkeiten, Schreibwarenartikel, Nudeln, Dosengemüse, und so weiter und so weiter.

Dabei prahlt Werner Massak noch, wie gering seine Personalkosten wären, denn seinen Mitarbeitern, welche von Bamberg zwei Mal pro Monat nach Bruchsal mit dem LKW fahren, um hier die Waren an die Insassen zu verteilen, zahle er für die lange Fahrtzeit keinen müden Euro. Nur für die Zeit in der JVA würde sein Personal von ihm auch entlohnt.

Da fragt man sich als Gefangener doppelt, wieso er uns dann solche Preise berechnet, denn er zahlt keine Miete für Verkaufsfläche, Werbung macht er auch keine, es entstehen keine Kosten für die Beleuchtung von Geschäftsräumen der „Filiale“ JVA Bruchsal.

Sprich, Kosten die für eine normale Filiale anfallen, hat er nicht.

Viele Gefangene sprechen schon deutlich von „Wucher“ und „Ausbeutung der Zwangslage“, denn wir Gefangenen dürfen unsere Sachen ausschließlich bei Massak kaufen. Er hat also eine klassische Monopolstellung inne.

Es bleibt abzuwarten, wie (Zivil)Gerichte die Sache sehen werden, denn mehrere Gefangene beabsichtigen, Werner Massak, bzw. seine Firma zu verklagen. Auch werden Strafanzeigen (u.a. wegen Wuchers) erwogen und die Einschaltung des Wirtschaftskontrolldienstes.

Bemerkenswert finde ich, bei aller Berechtigung der Empörung der Gefangenen, dass die Preisgestaltung dieses Kapitalisten mehr Erregung und Unruhe provoziert als die Verweigerung von vorzeitiger Entlassung auf Bewährung oder die Vorenthaltung von Vollzugslockerungen.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA - Z. 3113, Schönbornstr. 32, D-76646 Bruchsal.
www.freedom-for-thomas.de

Karikatur: Günter Finneisen

Das Land der langen Lebenslüge: Die neuseeländischen Terror-Razzien

Am 15. Oktober 2007 führte die neuseeländische Polizei eine beispiellose Reihe landesweiter Razzien in 60 verschiedenen Häusern durch und verhaftete 17 indigene und anarchistische AktivistInnen. Die Verhaftungen basierten auf Überwachungs- und Abhörmaßnahmen, die unter dem Terrorism Suppression Act (Anti Terrorismus-Gesetz) erlassen wurden. Dies war das erste Mal, dass dieses Gesetz angewendet wurde, das unmittelbar nach den Ereignissen vom 11. September 2001 erlassen wurde und sich direkt darauf bezieht.

Die Razzien fanden ab 5 Uhr früh am Montag Morgen statt. Um 5.45 Uhr klopfte die Polizei an meine Tür. Dann brachen sie die Tür fast ein. Als ich öffnete, kamen 15 PolizistInnen hereingestürmt und wedelten mit einem 80-seitigen Durchsuchungsbeschluss. Als ich sagte, dass der Beschluss nicht unterschrieben sei, antwortete der Kommissar: „Hier, hier ist die unterschriebene Kopie.“ Dann machten sie sich über mein Zimmer her, rupften die Pflanzen aus ihren Töpfen, entfernten die Rückwand meines Kühlschranks und nahmen eine lange Liste von Dokumenten, Fotos, elektronischem Gerät und Klamotten mit. Zum Schluss nahmen sie mich fest wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung.

Die Razzien kamen völlig überraschend für mich, für Neuseeland und für den Rest der Welt, soweit diese solche Ereignisse verfolgt. Neuseeland, auch als Aotearoa - das ‚Land der langen weißen Wolke‘ in der Sprache der Maori - hat den Ruf von sozialen Verhältnissen, einer fortschrittlichen Regierung und einem beneidenswerten Prozess zur Klärung von Ansprüchen, die sich aus Verletzungen des Vertrags von Waitangi ergeben. Der Vertrag wurde 1840 zwischen etwa 500 Stammesoberhäuptern der Maori und der britischen Krone geschlossen.

Was in Wirklichkeit in Aotearoa hinter den Kulissen der cleveren ‚clean, green, 100% pure‘-Vermarktungs-Kampagne der Regierung passiert, ist etwas anderes, als diese uns weismachen will.

Am Tag der Verhaftungen fand ein Schlachtfest der Medien statt, als die Polizei bruchstückhaft Teile des Beweismaterials durchsickern ließ, die von Napalm-Bomben, Anschlagsplänen auf Premierministerin Helen Clark und Präsident George Bush und ‚IRA-ähnlichen Kriegsplänen‘ handelten. Die 17 Verhafteten wurden in vier verschiedenen Orten dem Haftrichter vorgeführt. Einer wurde sofort entlassen, die anderen wurden in Untersuchungshaft genommen, da die Staatsanwaltschaft Einspruch gegen Haftverschonung eingelegt hatte.

Wir wurden zu einer Bedrohung der ‚nationalen Sicherheit' erklärt. In dem Dunstkreis von Terrorismus-Hysterie und geheimen Beweisen hatten Anträge auf Haftverschonung keine Chance.

Die neuseeländische Regierung hat alle von Bush im Anschluss an 9/11 gestellten Anforderung zum Thema Terrorismus erfüllt. Gleichzeitig wurden alle brutalen Taktiken der US-Regierung importiert - Repression, Überwachungstechnologie und Polizei, die hyper-paranoid auf politische Aktivitäten reagiert, besonders, wenn diese von indigenen AktivistInnen ausgeht, die es wagen, von Bestrebungen nach Souveränität zu sprechen.

Unter den 17 Verhafteten vom 15. Oktober waren 12 Maori, davon viele vom Stamm der Tuhoe. Tuhoe haben eine lange Geschichte des Widerstands gegen Kolonialisierung. Sie haben nie den Vertrag von Waitangi unterschrieben. Es gibt eine Geschichte, die besagt, dass einem Regierungsvertreter davon abgeraten wurde, zu den Tuhoe zu gehen, um den Vertrag unterschreiben zu lassen, weil er sonst womöglich aufgegessen würde. Heutzutage haben Tuhoe den höchsten Anteil an Menschen, die von klein auf Maori sprechen, und haben eine starke kulturelle Identität, die verbunden ist mit dem Gebiet, das sie ‚Te Urewera' nennen - das Land des Nebels. Es gibt ungefähr 20 000 Menschen, die sich zu den Tuho zählen und viele davon leben immer noch in relativ isolierten Gemeinden im Urewera-Gebiet.

Die Razzien und Verhaftungen waren das Resultat einer zweijährigen, 8 Millionen Dollar teuren Operation, die ‚Operation Eight' genannt wird. An den Razzien waren etwa 300 PolizistInnen beteiligt. Die meisten wussten nicht viel von den Ermittlungen oder den Verdächtigen und es scheint, dass keiner die Geschichte der Politik der verbrannten Erde, von Mord und Landraub kannte, die den heftigen Widerstand der Tuhoe vor über hundert Jahren hervorgerufen haben.

Die Staatsgewalt hat eine Art, bequemerweise Dinge zu vergessen, die nicht in ihre Darstellung der Welt passen. Dies war auch am 15. Oktober der Fall. In einer spektakulären Vorführung sind schwerbewaffnete und vermummte PolizistInnen - das so genannte ‚armed offenders squad' - in die kleine Ortschaft Ruatoki eingefallen und haben den gesamten Ort abgeriegelt. In ihrer Suche nach Terroristen und Beweismaterial haben sie alle Fahrzeuge angehalten und die Insassen fotografiert. Bei den Hausdurchsuchungen wurden viele Menschen traumatisiert, z.B. wurden eine Frau und fünf Kinder sechs Stunden lang in einem Schuppen eingesperrt, während der Vater vernommen wurde, die Unterwäsche einer Frau wurde als Beweismaterial beschlagnahmt und ein Schulbus wurde gestürmt.

Bei einer Durchsuchung in Süd-Auckland wurde eine ganze Familie, einschließlich eines 12-jährigen Mädchens, gezwungen, sich hinzuknien mit den Händen hinter dem Kopf und so fünf Stunden lang zu verharren. So

Protestaktionen

sieht das Muster für Hausdurchsuchungen in Maori-Gemeinden aus.

Die Situation für die nicht-indigenen Verhafteten (die im Weiteren als Pakeha, also weiße Neuseeländer, bezeichnet werden) war wesentlich anders. Mir wurden nicht einmal Handschellen angelegt, als ich zum Polizeiwagen geführt wurde. Keine weißen Stadtteile wurden abgeriegelt und keine weißen Nachbarn wurden angehalten und fotografiert, als sie den Morgen zur Arbeit gingen. So etwas geschieht nur mit Maori.

Der institutionelle Rassismus der Polizei und des Justizapparats hat die Maori nicht weiter überrascht, und besonders nicht die Tuhoe, die unter den seinen Willkürakten seit 160 Jahren leiden. Für die Pakeha hingegen war es ein Weckruf. Leider haben die meisten es weniger als Rassismus begriffen, sondern als Ausweitung der staatlichen Macht gegenüber politischen Dissidenten. Ich sage leider, weil klar aus den 10.000 Seiten Beweismaterial, die ich bisher gesehen habe, hervorgeht, dass es die Unabhängigkeit der Maori ist, die der Staat fürchtet. Es ist die politische Kraft der vereinigten Indigenität, vor der sich die herrschende Klasse ängstigt.

Für Maori in Aotearoa Neuseeland sind der ‚Krieg gegen den Terror' und diese Razzien ein Teil einer langen Geschichte der Kolonialisierung, die nicht vergessen ist.

In den 1860ern wurde der ‚Suppression of Rebellion Act' verabschiedet, dessen Formulierungen eine erstaunliche Ähnlichkeit mit

dem Terrorism Suppression Act von 2002 aufweisen. Dieses ältere Gesetz wurde vom jungen neuseeländischem Staat benutzt, um eine Serie von bösartigen Angriffen auf Maori-Gemeinden auszuführen, um Land für Siedlungen zu beschlagnahmen. Gruppen von Menschen und ganze Stämme wurden zu Aufständischen erklärt, so dass der Staat eine ganze Reihe von ausbeuterischen und repressiven Maßnahmen gegen sie einleiten konnte.

Ich bin der Überzeugung, dass ich verhaftet wurde, um die rassistische Natur der Polizeioperation zu verschleiern.

Durch die Verhaftung einiger Pakeha-AktivistInnen konnte die Regierung den Vorwurf entschärfen, dass es sich um eine gezielte Aktion gegen Maori handelte. Ich wurde auch deshalb verhaftet, weil ich mit den Maori-Angeklagten bekannt bin und weil ich, als Anarchistin, der Regierung genügend Probleme und Peinlichkeiten beschert habe, dass sie mich gerne kaltstellen möchten. Im Juni letzten Jahres habe ich ein Buch über die Beteiligung der neuseeländischen Regierung am 'Krieg gegen den Terror' veröffentlicht. Darin behaupte ich, dass sowohl politische Dissidenten, als auch Maori das Ziel diese Krieges seien, zusammen mit Flüchtlingen und MigrantInnen. Es hat mir ein Gefühl von bizarrer Ironie und grausiger Genugtuung bereitet, in meiner Zelle zu sitzen und mir dazu zu gratulieren, dass ich Recht hatte.

Es ist klar, dass in einem Land mit 4 Millionen EinwohnerInnen jeder jeden kennt. Es gibt mit Sicherheit Verbindungen zwischen AnarchistInnen, Umwelt-, Anti-Kriegs- und indigenen AktivistInnen: die meisten kennen sich und arbeiten regelmässig zusammen. Mensch müsste in einem Zustand völliger Illusionen leben, um nicht zu erkennen, wie diese Themen miteinander verbunden sind, besonders in Neuseeland, wo die Auswirkungen der neoliberalen Strukturanpassungen der 80er Jahre jeden Tag zu spüren sind.

Das neuseeländische Parlament ist nach dem Vorbild der Westminster-Demokratie gestaltet, es gilt aber das Verhältniswahlrecht. Zur Zeit regiert die Labour Partei mit einer delikaten Balance aus Abkommen - teils formal, teils informal - mit anderen, kleineren Parteien.

Genau wie die Britische Labour Partei, hat auch die neuseeländische längst jegliche Ähnlichkeit mit einer Partei der Arbeiterklasse abgelegt und hat die neoliberale Wirtschaftsordnung mit offenen Armen übernommen. Dies hat besonders Maori betroffen, die im Allgemeinen die allgegenwärtige Kommodifizierung, insbesondere der Flora und Fauna, des Landes und des geistigen Eigentums, ablehnen. Trotzdem haben viele Maori bis vor Kurzem die Labour Partei unterstützt und alle Maori-Sitze im Parlament wurden von Labour besetzt.

Im Jahre 2004 hat die Regierung das ‚Seabed and Foreshore'-Gesetz verabschiedet, wodurch den Maori die Nutzungsrechte am Land zwischen Niedrig- und Hochwasser-

marke sowie am Meeresboden genommen wurden. Obwohl das Gesetz internationalen Regelungen widerspricht und trotz einer Verurteilung durch die UN wurde das Gesetz nahezu einstimmig im Parlament verabschiedet. Seit dem findet sich in den Büchern des Finanzministeriums ein Eintrag für diese neuen Vermögenswerte. Diese groteske Konfiszierung wurde von vielen Maori als Kriegserklärung verstanden. Es entstand ein Bruch in der Labour Partei, als dessen Resultat die Maori Partei entstand, die jetzt eine ernsthafte Bedrohung für den Erhalt der Maori-Sitze für Labour und insgesamt für den Machterhalt der Labour Partei darstellt.

Valerie Morse

Neuste Informationen

Am 5. März 2008 erschienen alle Angeklagten, die nach 4-wöchigem Knastaufenthalt in Oktober/November alle wieder auf freiem Fuß sind, im 'District Court' in Auckland. Einige Siege konnten verbucht werden.

Die Freilassungsbedingungen (Kaution) wurden neu verhandelt. Zwei Aktivisten hatten seit der Haftentlassung im November eine nächtliche Ausgangssperre. Diese wurde am 5. März fallen gelassen. Ein Aktivist hat jedoch immer noch eine Ausgangssperre. Neu müssen sich alle Angeklagten nur noch einmal die Woche bei der Polizei melden (und nicht mehr zwei mal). Eine weitere Bedingung besagt, dass die Angeklagten nicht miteinander kommunizieren können. Das ist für die kleine indigene Gemeinde Ruatoki und für die anarchistischen Gruppen in Wellington ein logistischer Albtraum. Valerie und Urs, zwei der angeklagten Anarchisten aus Wellington, dürfen sich nun aber wieder treffen dank Eigeninitiative vor dem Richter. Ein klarer Sieg und ein wichtiger Schritt, um endlich alle Freilassungsbedingungen vom Hals zu bekommen.

Der Vorprozess wird nun im September in Auckland statt finden. Die Staatsanwaltschaft muss dann beweisen, dass sie genügend Beweismaterial für einen eigentlichen Prozess hat. Auch wurde von Annette Sykes, Anwältin für Tame Iti, verlangt, dass alle überwachten Gespräche, die in Te Reo Maori (die Sprache der indigenen Bevölkerung) geführt wurden, auch auf Englisch übersetzt werden. Als Teil dieses Antrages erklärte die Staatsanwaltschaft, dass keine überwachten Gespräche als Beweismaterial gebraucht werden. Die Polizei überwachte Dutzende Telefone, und auch Autos und Häuser waren, und sind wohl immer noch, verwanzt. Da die Überwachung durch das Anti-Terrorismus Gesetzt ermöglicht wurde, können diese Gespräche gar nicht für die Anklage wegen Waffenbesitz als Beweismaterial vorgeführt werden.

Die Angeklagten müssen am 18. April, dem nächsten eintägigen Gerichtstermin, nicht erscheinen. Der nächste Gerichtstermin für alle ist der 1. September. Genügend Zeit also, um Geld für die Kampagne zu fundraisen.

http://www.october15thsolidarity.info/de/

Gruß an die Gruppe ‚October 15 Solidarity' in Aotearoa (Neuseeland)

Liebe Freund_innen,
liebe Genoss_innen,

wir (www.MAUS-Bremen.de) haben von den politischen Angriffen gegen euch erfahren und wir versuchen, die Situation in Aotearoa und speziell eure Situation aufmerksam zu verfolgen.

Wir haben uns über eure Grußbotschaft für die Demonstration gegen Repression und gegen den kapitalistischen Normalzustand am 15.12.07 in Hamburg sehr gefreut und sie wurde auf der Auftaktkundgebung vorgetragen und wurde dort mit solidarischem Beifall aufgenommen.

Wir selbst sind Mitarbeiter_innen eines freien Instituts, die von staatlicher Repression in den letzten Jahren mehrfach betroffen waren. Sei es im Rahmen des Widerstandes gegen Atommülltransporte und gegen Atomenergieproduktion oder zuletzt im Rahmen des Widerstandes gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. So wurden am 09.05.07 auch unsere Geschäftsräume und die Wohnräume eines Mitarbeiters durchsucht und diverse Materialien beschlagnahmt und erst vor wenigen Tagen, nach über 10 Monaten, wieder herausgegeben. Der $129a-Vorwurf (terroristische Vereinigung) wurde inzwischen zwar fallen gelassen, das Verfahren wird aber auf anderer Ebene weitergeführt.

Wir stimmen mit euch überein, dass sich diese Repression in Aotearoa oder in der BRD nicht isoliert verstehen lässt. Es sollen weltweit Bedingungen geschaffen werden, um die Neoliberalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die kapitalistische Globalisierung möglichst ungestört vollstrecken zu können. Dazu wird versucht, jede emanzipatorische Idee und Praxis in Richtung Selbstbestimmung, Autonomie, Solidarität und Befreiung zu unterdrücken, Kommunikation zu zerstören, die Überwachung und Kontrolle aller Menschen zu perfektionieren und damit die Vereinzelung der Menschen voranzutreiben.

Der Terrorismusvorwurf ist da ein publikumswirksames Argument. In diesem Kontext sehen wir auch die Repression gegen euch und euren Widerstand.

Dieser Entwicklung sollten wir durch globale Solidarität aller Unterdrückten und Ausgebeuteten dieser Welt entgegentreten. Und so sind wir sehr erfreut, dass es erste Kontakte in diese Richtung zwischen uns gibt.

Wir grüßen euch und umarmen euch in Solidarität und wünschen euch viel Kraft,

die Mitarbeiter_innen der Meßstelle für Arbeits- und UmweltSchutz Bremen
www.MAUS-Bremen.de
Bremen, 06.03.08

Mörderische Knastbedingungen

Christodoulos Xiros wurde am vergangenen Montag (17.3.) zum wiederholten Male mit Symptomen eines allergischen Schocks ins Krankenhaus eingeliefert.

Sein Bruder und Mitgefangener Vassilis Xiros hatte den im Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder der griechischen Stadtguerilla 17N zu 6 Mal lebenslang Verurteilten am Sonntag Nachmittag ohnmächtig auf dem Flur gefunden. Der Gefängnisarzt stellte extrem niedrigen Blutdruck, schwere Atembeschwerden, eine Unterversorgung mit Sauerstoff und Schwellungen am ganzen Körper des Gefangenen fest.

Der bis zu seiner Festnahme im Sommer 2002 kerngesunde Christodoulos Xiros hat unter den Bedingungen der nun schon mehr als fünf Jahre dauernden Kleingruppenisolation im unterirdischen Hochsicherheitstrakt eine bisher unerklärte Allergie entwickelt, die ihn bereits 5 Mal in die lebensgefährliche Situation eines akuten allergischen Schocks gebracht hat. Eine angemessene ärztliche Behandlung wird dem Gefangenen jedoch verweigert. Schon am Dienstag, nach Behandlung der akuten Symptome, wurde Christodoulos wieder zurück ins Gefängnis gebracht. Auch sein Antrag auf Aussetzung der Gefängnisstrafe zur Behandlung in einem Krankenhaus wurde bisher nicht bearbeitet.

Andere politische Gefangene leiden ebenfalls unter durch die langjährige Isolationshaft erst im Gefängnis entwickelten Krankheiten. Der im November 2006 nach Absitzen der Mindeststrafe entlassene Dionysis Georgiadis leidet unter ähnlichen Symptomen wie Christodoulos. Zwei weitere Gefangene wurden aus dem Gefängnis entlassen, nachdem sie einen Schlaganfall erlitten hatten.

Der zu fünfmal lebenslang Verurteilte Savvas Xiros hat durch fehlende ärztliche Behandlung im Gefängnis bereits den größten Teil des wenigen ihm noch verbleibenden Augenlichts verloren. Der griechische Stadtguerillero war im Sommer 2002 nach der vorzeitigen Explosion einer Bombe schwerverletzt von der Polizei aufgegriffen und noch auf der Intensivstation eines Krankenhauses von Spezialisten verhört worden. (1) Auch seine Anträge auf Aussetzung der Strafe zur Behandlung in einem Krankenhaus wurden bisher abgelehnt.

Rechtsanwälte der Verurteilten beschuldigen das griechische Justizministerium, die Gefangenen durch die von keinem griechischen Gesetz gedeckte langjährige Kleingruppenisolation und die fehlende notwendige ärztliche Fürsorge bewusst einer Behandlung auszusetzen, „die man nicht anders als als Folter bezeichnen kann". Heike Schrader, Athen

(1): Savvas Xiros hat seine „Erlebnisse"

auf der Intensivstation in einem Buch festgehalten, dass seit Dezember 2007 auch auf deutsch vorliegt: Savvas Xiros: Guantánamo auf griechisch - Zeitgenössische Folter im Rechtsstaat. Übersetzt von Heike Schrader. Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2007, 129 Seiten, 13,90 Euro

18.3. Internationaler Tag des revolutionären Gefangenen – Erklärung der italienischen GenossInnen der PC p-m

Der Kampf gegen die Isolation liegt in der Linie der Auseinandersetzung zwischen den Klassen

12. Februar 2008: Ein Jahr nach unserer Verhaftung sind zwei von uns weiterhin dem Isolationsregime unterworfen. Gerade unsere innere Zugehörigkeit zu den Kampfbewegungen und zur internationalistischen Praxis hat dazu geführt, dass wir das ganze Gewicht dieser Waffe der Repression, vor allem in den Gefängnissystemen der imperialistischen Demokratien, kennen gelernt haben. Es ist eine Form der „weißen" und „sauberen Folter", die geringe politische „Kosten" verursacht und darum systematisch gegen den „inneren Feind" angewendet wird, mit dem Ziel, dessen Widerstand anzugreifen, ihn zu brechen und zur Kapitulation zu bringen. Dieses System ist dermaßen erprobt, dass es im „Baukasten" von der imperialistischen angeblichen „Demokratie" exportiert wird: Vasallenstaaten wie die Türkei fanden es politisch vorteilhaft, diese „demokratischen" Methoden der Gefangenschaft zu importieren. Offensichtlich können die Resultate ein blutiges Folterregime wie die Türkei nicht enttäuschen.

In der Einführung der auf die Isolationsmethode fokussierten Sondergefängnisse ist die Türkei der bedeutendste Fall, als spezifische Etappe im Krieg gegen eine der stärksten revolutionären Bewegungen im gesamten europäischen Mittelmeerraum. Darum hat, richtigerweise, dieser Kampf um die türkischen Gefängnisse in diesen Jahren eine große internationale Solidarität erfahren: wehe einer internationalen revolutionären Bewegung, die nicht mehr imstande ist, ihre fortgeschrittensten Teile zu unterstützen, nämlich die Organisationen und Parteien, welche die Fahne der Revolution hochhalten und dazu die höchsten Opfer erbringen. So haben auch wir, die am 12.02.08 verhafteten italienische Militanten, an den internationalen Dezembertagen (von der Plattform und vom Symposium angesagt) durch einen fünftägigen Streik teilgenommen: und als spezifisch gegen unsere eigene Isolierung gerichteten Kampf. Diesen Kampf haben wir jetzt, im Februar, durch zwei Wochen Streik wieder aufgenommen. Natürlich erwarteten wir keine sofortigen Ergebnisse, unser Zweck war eher, die Lage breit bekannt zu machen. Und das ist uns in der Konvergenz verschiedener äußerer Mobilisierungs- und Informationsinitiativen gelungen. Wichtig ist, dass die Klassenbewegung die Tragweit und Bedeutung dieser Widerstandslinie in den Gefängnissen begreift; und sie sich aneignet!

Die soziale Krise in Italien verschärft seit einigen Monaten. Das internationale Finanzerdbeben überlagert sich anderen vorher bestehenden Elementen: die Rezession steht vor der Türe, und das besonders in der Form der „Stagflation" (Stagnierung und Inflation). In Italien wird das Ganze durch eine tiefe und transversale soziale Krise vermehrt: vom krassen Wertverlust der Löhne (seit etwa 6-7 Jahren) bis zur Fäulnis des Prekariats; von der Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse (mit Folgen für die Anzahl der Arbeitstoten) bis zu den Umweltkatastrophen, wovon die Abfallberge trauriges Symbol der wachsenden Barbarisierung in den gesellschaftlichen Verhältnissen sind, was auch für das Polizei- und Sicherheitsdelirium gilt, das gegen die verletzlichsten Sektoren des immigrierten Proletariats von der Leine gelassen wird.

Alle Länder und geopolitische Zonen erleben die Verschärfung der kapitalistischen Krise auf ihre Art, in spezifischen Formen. Folglich ist es Italien nicht schlimmer als anderswo, aber wahrscheinlich ist hier ihre Tiefe und Intensität bedeutend. Es scheint uns, dass es auch im deutschen Raum schon lange stark knarrt und ächzt, und dort stellen wir, unter anderem, Kämpfe unbekannter Radikalität und absolut interessante fest - die Eisenbahnstreiks, Telekom, in einigen Industrien, wie auch die riesige Mobilisierung 2007 gegen den G8-Gipfel stellen einen guten Qualitätssprung dar.

Natürlich bleiben die großen Fragen bestehen und müssen gelöst werden. Warum kämpfen? Um wohin zu gehen? Um was zu tun?

Und, ohne die vielen vielerorts stattfindenden Anstrengungen geringschätzen zu wollen, ist jedenfalls klar, dass hier, „im Bauche der Bestie", in den pulsierenden Organen des internationalen imperialistischen Systems, die revolutionäre Bewegung noch im Rückstand, noch nicht imstande ist, ihren Weg zu finden. Es sind verschiedene Faktoren, die in diesem Sinne ihr Gewicht haben. Es sind eher historische. Faktoren großer Reichweite, welche die revolutionären Möglichkeiten innerhalb der wirtschaftlich-sozialen Formierungen des imperialistischen Zentrums begrenzt und gebremst haben.

Der große Bruch, der in den 70er Jahren vollzogen wurde, hat die Partie endlich wiedereröffnet, aber es war sozusagen bloß die Ansage, der tosende und vorübergehende „coup d'éclat"... es war ein Vorwort.

Alle Revolutionen in der Geschichte, alle revolutionären Zyklen sind am Zusammenfluss von „zwei großen Strömen" angesiedelt: die Notwendigkeit und die Möglichkeit.

Das heißt, sie sind in jenen großen geschichtlichen Phasen angesiedelt, in denen offensichtlich und für beide im Kampfe gegeneinander stehenden Klassen es „nicht mehr möglich ist, so zu leben wie zuvor", in denen ein großer Umbruch notwendig ist.

Und gleichzeitig zeichnen sich Möglichkeiten einer neuen sozialen Ordnung ab, ihrer möglichen materiellen Grundlagen und die Idee einer anderen zukünftigen Gesellschaft.

Wir verlieren hier nicht weitere Worte über die immer dramatischeren Eigenschaften der sozialen Krise des Imperialismus. Die aktuellen finanziellen Konvulsionen und die Perspektiven der konsumistischen Orgie im Osten, mit den inhärenten destruktiven Folgen (und der interimperialistische Krieg um die Energiequellen ist die schwerste davon), sind dermaßen offensichtlich, dass auch breite bürgerliche Meinungssektoren beunruhigt sind.

Die zwei Sphären fallen wieder zusammen und überlagern sich: Notwendigkeit und Möglichkeit. Es ist möglich,

- der chronischen historischen Krise des Kapitalismus die proletarische Revolution zur Gründung der einzigen alternativen Produktionsweise, die kommunistische,
- der andauernden und mörderischen Verrohung der Arbeit die Befreiung der Lohnarbeit
- der die Erde und die Menschheit zerstörenden konsumistischen Orgie das Ende der Ware
- den wieder aufkommenden Sklavereien (Frauen, Kinder, Immigrierte) das Aussterben der Klassen
- der terroristischen und Völker mordenden Tyrannei gegen die Völker die Zerstörung des Imperialismus
- und der formellen Demokratie des bürgerlichen Staates die Sowjets entgegenzusetzen!

Die politische Verirrung der verschiedenen parlamentarischen Linken (die immer mehr an zu Füßen des Herrn rumkläffende Schosshündchen erinnern) beweist, dass die Illusion, ein auf Klassenausbeutung und -unterdrückung gegründetes System zu „reformieren", nur zur Erhaltung der Unterwerfung von Teilen des Volkes dient: sie führt zum Kompromiss mit der schlimmsten antiproletarischen und imperialistischen Politik. Sie beweist, dass es keinen „dritten Weg" gibt und dass „die Barrikaden nur zwei Seiten haben!"

Der despotische und diktatorische Charakter des Kapitalismus erfordert in dieser Epoche der imperialistischen Verrohung den Bruch, erfordert nicht für eine nebulöse „andere mögliche Welt" zu kämpfen, sondern für jene präzisen Antworten auf die nicht lösbaren kapitalistischen Gegensätze, die in der kommunistischen Produktionsweise historisch definiert sind.

Der Knoten liegt im programmatischen Inhalt der Revolution, als Prozess zur Behauptung und zum Aufbau der kommunistischen Produktionsweise, und in den organisierten Formen und Mitteln um sie zu erreichen, in der angemessenen Praxis.

Ideologie, Strategie, politische Linie, sind

DUE GIORNI DI DISCUSSIONE E DIBATTITO SULL'ESPERIENZA RIVOLUZIONARIA DELLA ROTE ARMEE FRAKTION

der Inhalt.

Die Kommunistische Partei ... und die Sowjets sind die Formen und die Mittel. Der Kampf gegen die Repression, an der Seite der gefangenen GenossInnen, muss als Front dieser Tendenz zum Klassenkrieg übernommen werden - als Felder zur Erweckung des allgemeinen Inhaltes, nämlich lernen zu widerstehen und jenseits von Selbstmitleid und von der Klage verfolgt zu sein, und schlussendlich von legalistischen Haltungen, zu kämpfen.

Was nicht heißt, auf taktische Flexibilität in der Wahrnehmung legaler Möglichkeiten und Terrains zu verzichten, aber sicher heißt, sie streng der Logik, der Zielsetzung und Strategie des geführten Klassenkrieges zu unterordnen! Militante für die Konstituierung der PC p-m

(Erklärung zum internationalen Tag des Revolutionären Gefangenen)

Brief von Paolo Neri

Ich schicke Euch das Flugblatt und das kleine Plakat mit dem wir die Veranstaltung in Genau ankündigten. (Über die revolutionäre Erfahrung der RAF). Wir haben das Bild eines Murales (Mauergemälde) gewählt, das in Orgosolo, einem kleinen Ort in Sardinien gemalt wurde. Diese Wahl trafen wir hauptsächlich, um die Welle der Solidarität zu zeigen, nach der [Nacht] in Stammheim.

Diese Murales wurde am 19. Oktober 1977 realisiert. Unten im Bild erblickt man Frauen und Männer, der Baum links im Bild hat einen abgebrochenen Ast, und in der Mitte erscheint ein Monument, das Helmut Schmidt gewidmet ist. Das Geschriebene auf dem Sockel des Monuments sagt Folgendes aus: „Helmut Schmidt, Führer der deutschen Regierung, Verteidiger der Demokratie und der westlichen Zivilisation, Experte in Selbstmorden [...]. Der Imperialismus hat es dahingestellt. 18.10.77“

(Die Pfeife ist vielleicht auch bezogen auf Luciano Lama, der damalige Gewerkschaftsekretär der CGIL, welcher von den StudentInnen aus der Universität Roms rausgeschmissen wurde, weil er kollaboriert hat beim Unterdrücken, Kriminalisieren und Isolieren der autonomen und revolutionären Bewegung Italiens. Die Pfeife von Lama und die Büste von Schmidt stehen für die Kollaboration und die übernommene Verpflichtung ihrerseits, und die der Sozialdemokratie, die revolutionären Kräfte zu unterdrücken. Diese verband Deutschland und Italien auch in den unterschiedlichen Umständen.)

Rechts im Bild steht geschrieben: „Und ihr, lernt, dass es erforderlich ist zu sehen. Schaut nicht in die Luft. Es ist nötig, zu handeln, nicht zu sprechen. Dieses Monster stand einmal dafür, die Welt zu regieren. Die Völker haben es ausgelöscht. Aber feiern wir nicht zu schnell den Sieg. Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch. - B.Brecht

Ich möchte anfügen, dass es in jenen Jahren in Italien eine Welle von Anschlägen gab gegen Objekte und Ziele, welche den deutschen Staat repräsentierten, von Banken über BMW zu Mercedes Benz und in den Vorbereitungen zu diesen Anschlägen (alle in Solidarität mit den Militanten der RAF ...) verlor der Genosse Rocco Sardone sein Leben. Er war ein Arbeiter, Sohn eines süditalienischen Arbeiter, der nach Norditalien emigrierte. Er war bekannt für seinen radikalen Klassenkampf ...

Ein Freund und Genosse von ihm sagte: „Wir waren zusammen in UC(M-L) I (dem Volke dienen). Rocco sah seine konstante Aufgabe darin, sich den anderen Proletariern anzunähern, auch den jungen Leuten, um die Existenzbedingungen zu diskutieren, um sie zum Kampf aufzufordern ...

In der Mitte der Jahre 1977 sind wir umgezogen, unser Bruder und ich. Wir sahen uns nicht oft. Er suchte Arbeit, ich arbeitete Schicht in einem Eisenwerk. Das Leben war rasend, es gab ständig neue Initiativen der Bewegung. Rocco wollte immer dabei sein. im Oktober 77 kam die Nachricht der „Selbstmorde“ der GenossInnen der RAF: Die Wut explodierte und jeder versuchte etwas zu machen, um es ihnen heimzuzahlen. Dabei ist Rocco umgekommen im Alter von 22 Jahren.“ *Saluti Paolo Neri*

Anmerkungen: Paolo ist ein italienischer Künstler, der schon einige Bilder von gestorbenen Gefangenen aus der BRD in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat.

Die Veranstaltung fand 12/13. Januar statt.

Marokko

Politische Gefangene im Hungerstreik

Eine große Zahl sahrauischer politischer Gefangener verweigert in marokkanischen Gefängnissen seit mehreren Wochen jede Nahrungsaufnahme um bessere Haftbedingungen durchzusetzen und die Einhaltung des Moratoriums zur völkerrechtlichen Anerkennung, sprich eine korrekte Entkolonialisierung zu fordern ...

Der politische Hintergrund: Unterdrückter Kampf um Unabhängigkeit

Die sahrauische Bevölkerung, die seit Mai 2005 durch friedliche Demonstrationen ihr Recht auf Selbstbestimmung zum Ausdruck bringt, wird mit Gewalt unterdrückt. Die fundamentalen Freiheiten wie Meinungs/Ausdrucks,- Vereinigungs,- und Demonstrationsfreiheit werden mit Füßen getreten. Die sahrauischen Vereinigungen für Menschenrechte oder Organisationen, die für ein Selbstbestimmungsreferendum eintreten, sind verboten oder werden gerichtlich verfolgt. Die sahrauischen MenschenrechtsanwältInnen und StudentInnen, die an den marokkanischen Universitäten protestieren, werden inhaftiert, misshandelt, bis hin zu Folterungen, und wegen des „Vergehens", ihre Meinung zu äußern, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Verfahren entsprechen in keinster Weise den internationalen Normen eines gerechten Prozesses.

Hungerstreik

Seit dem 20. Februar 2008 befindet sich der politische Gefangene Said ElBaillal, für dessen Prozess mehrmals Revision beantragt wurde, im unbefristeten Hungerstreik.

Des Weiteren sind am 25. Februar alle im Gefängnis Negra von El Aaiún inhaftierten Menschenrechtsverteidiger ebenfalls in unbefristeten Hungerstreik getreten, darunter der 50-jährige heutige Generalsekretär der sahrauischen Menschenrechtsassoziation ASVDH, Brahim Sabbar, der 10 Jahre lang verschwunden und 2006 in El Aaiún/El Ayoune inhaftiert worden war.

Am 10. März schlossen sich sämtliche auf die marokkanischen Gefängnisse Tarudant, Tiznit, Ait Melloul und Kenitrae verteilten sahrauischen politische Gefangenen ebenfalls dem unbefristeten Streik an.

Ihre Forderungen sind Verbesserungen der Haftbedingungen, die Respektierung ihrer legitimen Rechte, die durch internationale Abkommen und Verträge garantiert werden (sollten). Dabei beziehen die Streikenden sich auf Rechtsgarantien sowohl für politische Gefangene als auch für die sahaurische Bevölkerung insgesamt. Das Recht der Sahrauis auf Selbstbestimmung nämlich wird von der UNO in konstanter Weise anerkannt und bestätigt. (Allerdings ist die Hoffnung - nach 30 Jahren Exil unter extremsten Bedingungen - auf die Durchsetzung des 1991 von den UN befürworteten Referendums (MINURSO) und damit auf eine korrekte Entkolonialisierung durch Anerkennung des völkerrechtlichen Anspruchs nicht mehr sehr groß.) Nichts desto trotz fordern die Politischen die Umsetzung eben des Selbstbestimmungsreferendums, das im Waffenstillstandsabkommen von 1991 vorgesehen wurde.

Der Gesundheitszustand einiger der Hungerstreikenden ist bereits bedenklich

Am sechzehnten Tag des Hungerstreiks der Gefangenen in den Gefängnissen Negra in El Aaiún und in Salé erforderte deren Zustand bereits ein dringendes und schnelles medizinisches Eingreifen ..., der Student Said Elbaillal, seit 20.2. in Salé im Hungerstreik, konnte nicht mehr gehen und litt unter starken Nierenschmerzen. Die ASVDH hat ElBaillal schriftlich gebeten, den Streik abzubrechen, auch angesichts der Gleichgültigkeit der Gefängnisdirektion.

Der Zustand der drei Politischen Elhafed Toubali, Bachri Bentaleb und Omar Belyazid im Negra ist ebenfalls alarmierend. Sie waren bereits in ein Hospital gebracht worden, sind dann aber wieder zurückverlegt worden. Und auch Brahim Sabbar kann aufgrund der Schwächung und des anhaltenden Drucks nur noch mit Hilfe von Krücken gehen.

Quelle: http://azls.blogspot.com/2008/03/assez-de-repression-au-sahara.html
hier übersetzt von: tierr@
(Originalartikel übersetzt von Nuria Álvarez Agüí, Mitglied des ÜbersetzerInnennetzes für sprachliche Vielfalt, Tlaxcala: http://www.tlaxcala.es/ „Dieser Artikel kann frei reproduziert werden unter der Bedingung, dass sein Inhalt respektiert und der Autor, die Übersetzerin und die Quelle genannt werden".)
Solidaritätsorganisationen international:
http://www.laenderkontakte.de/region/afrika/westsahara/entwicklungszusammenarbeit_humanitaere_hilfe/index.html

Termine für die Tour von Pastora, der Mutter von Xosé Tarrio, der 2005 am spanischen Knast gestorben ist. Xosé schrieb das Buch „Hau ab Mensch!" über einen Teil seiner Zeit im Gefängnis, speziell unter F.I.E.S.. Pastora, seine Mutter, hat seinen Tod und die vorangegangenen Quälereien nicht einfach so hingenommen. Sie kämpft weiter für ihren Sohn und für alle Gefangenen.

April | 1 Aachen | 3 Köln | 5 Amsterdam | 7 Hamburg | 8 Göttingen | 9 Berlin 10 Dresden | 12 Wien

E-Mail: gnn-hamburg@freenet.de • Gefangenen Info im Netz: www.political-prisoners.net

Das **Gefangenen Info** ist aus dem Angehörigen Info hervorgegangen. Es erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040) 43 18 88 20, Fax: (040) 43 18 88 21, eMail: gnn-hamburg@freenet.de – Einzelpreis : 1,55 Euro. Ein Jahresabonnement kostet 29,90 Euro (Förderabonnement 33,20 Euro), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt. Bei Bestellung erhalten Sie eine Rechnung bzw. ein Formular für eine Einzugsvollmacht, die Sie uns bitte zurückschicken. Verlagskonto: Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonummer: 25265-201. **Gesamtherstellung**: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. ***Redaktionsschluss für Nr. 335: So, 20.4.08***